

WP-03

Antragsteller*innen: Landesvorstand

Gegenstand: TOP 4: Beratung und Beschlussfassung des Programms für die Landtagswahl 2017

NRW – LAND DER CHANCEN VON ANFANG AN

1 Kinder und Familie

2 Wir GRÜNE stellen Kinder in den Mittelpunkt unserer Politik. Jedes Kind hat das Recht auf
3 die bestmögliche Förderung, auf bestmögliche Bedingungen zur Entwicklung einer eigen-
4 ständigen Persönlichkeit und auf den bestmöglichen Schutz durch Staat und Gesellschaft.
5 Gute Bildung, Betreuung und Erziehung von Kindern ist der Schlüssel für mehr Gerechtig-
6 keit und für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

7 Die Bedürfnisse der Kinder, die Betreuungsbedarfe der Eltern und die gesellschaftliche
8 Notwendigkeit, allen Kinder durch frühkindliche Bildung gleiche Startchancen zu ver-
9 schaffen, sind für BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN NRW Schwerpunkt unserer politischen Ar-
10 beit.

11 Erster Lebens- und Lernort außerhalb der Familie sind unsere Kindertagesstätten. Sie müs-
12 sen den Kindern das bieten, was viele aus der Familie schon kennen: Geborgenheit, Sicher-
13 heit, verlässliche Bindungen und Förderung. Einige Kinder lernen dies in der Kita erstmals
14 kennen. Es ist die Grundlage dafür, dass Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern
15 gelingen kann.

16 Wir GRÜNE haben mit dem Regierungswechsel 2010 eine beispiellose Aufholjagd beim
17 U3-Ausbau gestartet, um ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot zu schaffen. Wir wol-
18 len die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erhöhen, dabei nehmen wir die Alleinerzie-
19 henden besonders in den Blick. Wir kämpfen weiter für die Anerkennung der vielfältigen
20 Familienformen.

21 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

22 Wir GRÜNE haben uns seit 2010 an die Arbeit gemacht, die Chancen für unsere Kinder auf
23 neue Grundlagen zu stellen. Und die Erfolge sind offensichtlich:

24 Seit unserer Regierungsübernahme im Jahre 2010 haben wir die Chancengleichheit, die
25 Bildungsgerechtigkeit und die Qualität der Kindertageseinrichtung als Schwerpunkte un-
26 serer Politik gesetzt.

27 Aus eigenen Landesmitteln investieren wir jährlich 280 Millionen Euro zusätzlich in die
28 Personalausstattung der Kindertageseinrichtungen und stärken so die Qualität der Betreu-
29 ung.

30 Die finanzielle Situation der Kitas hat sich spürbar verbessert, weil wir die Dynamisierung
31 der Kindpauschale von 1,5 % auf 3 % verdoppelt haben.

32 Das Betreuungsgeld der Bundesregierung haben wir da eingesetzt, wo es Eltern und Kin-
33 dern auch tatsächlich zugutekommt: Die freiwerdenden Mittel (330 Millionen Euro) inves-
34 tiert NRW in Personal und Sachkosten der Kindertageseinrichtungen.

35 Nach dem Prinzip „Ungleiches ungleich behandeln“ finanzieren wir in besonders benach-
36 teiligten Stadtteilen die Pluskita mit 45 Millionen Euro, und so werden Kinder mit mehr
37 Förderungsbedarf auch stärker unterstützt.

38 Maßnahmen für die Bekämpfung der Kinderarmut haben wir umgesetzt, indem wir prä-
39 ventiven Kinderschutz voran gebracht, Familienzentren in benachteiligten Quartieren aus-
40 gebaut und Elternkurse kostenfrei angeboten haben.

41 Die Inklusion in der Kindertagespflege stärken wir durch mehr Mittel. So wird für die Be-
42 treuung von Kindern mit einer Behinderung das 3,5-fache an Kindpauschale zur Verfügung
43 gestellt.

44 Wir haben in NRW den U3-Rechtsanspruch durchgesetzt, dafür haben wir die Kindertages-
45 einrichtungen massiv ausgebaut und so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spürbar
46 erhöht. Im Kindergartenjahr 2016/2017 stehen 168.742 U3-Betreuungsplätze bereit, das
47 sind 80.078 Plätze mehr als 2010/2011. Wir haben die U3-Plätze also fast verdoppelt und
48 den U3-Ausbau seit Regierungsübernahme um 90 Prozent gesteigert! Das ist ein zentraler
49 Beitrag für unsere Vision: Kinder von Beginn an fördern, Familie und Beruf besser verein-
50 baren – das ist gerecht für die Kinder und gut für die Familien.

51 Wir haben die Eltern finanziell entlastet, indem wir das letzte Kitajahr vor der Einschulung
52 beitragsfrei gestellt haben.

53 Seit 2010 haben wir in nur sieben Jahren Regierungszeit 1 Milliarde Euro mehr in die
54 Kindertagesbetreuung investiert.

55 All das ist unser Beitrag zu mehr Qualität und Gerechtigkeit in der frühkindlichen Bil-
56 dung.

57 Auch in unsere Familienpolitik investieren wir. Durch uns GRÜNE erhalten Familienz-
58 tren mehr Geld, insbesondere in den sozialen Brennpunkten. Das Land fördert zudem 150
59 Familienbildungsstätten.

60 Um Politik zeitgemäß an den Bedürfnissen der Familie ausrichten zu können, haben wir
61 die Enquetekommission „Familienpolitik“ mit eingerichtet, die sich mit der Zukunft der
62 Familienpolitik beschäftigt. Zudem haben wir nach 20 Jahren den ersten Familienbericht
63 vorgelegt und somit die Lebenslagen, Probleme und Wünsche der Familien in NRW erfasst.
64 Für NRW steht fest: Eltern wollen für ihre Kinder da sein und auch ihrem Beruf nachgehen.
65 Die Projektplattform zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben wir aufgebaut
66 und gefördert.

67 **Kindertageseinrichtungen / Kinder in den Mittelpunkt**

68 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die begonnene Entwicklung weiter geht und werden
69 auch nach 2017 die Kita-Plätze bedarfsgerecht ausbauen. Für alle Kinder, für die die Eltern
70 dies wünschen, soll ein Ganztagsplatz zur Verfügung stehen. Auf Bundesebene setzen wir
71 uns dafür ein, das Recht auf einen Ganztagsplatz auch für die Überdreijährigen gesetzlich
72 zu verankern und zu finanzieren.

73 Zur Bildungsgerechtigkeit gehört nicht nur der weitere Ausbau von Kitaplätzen, sondern
74 wir brauchen eine qualitativ gute Kita, damit alle Kinder besonders gut gefördert werden.
75 Dies soll durch ein neues Kitagesetz sichergestellt werden.

76 GRÜNE Leitlinien sind gelingendes Aufwachsen, Förderung der Persönlichkeitsentwick-
77 lung und beste Bildung von Anfang an. Wir wollen ein am Kind orientiertes, nachhaltiges,
78 transparentes und gerechtes neues Finanzierungssystem schaffen, das den Kindertages-
79 einrichtungen Planungssicherheit gibt und sie verlässlich ausstattet.

80 Um die Qualität zu erhöhen, wollen wir einen rechtsverbindlichen Fachkraft-Kind-
81 Schlüssel festlegen und finanzieren, der wissenschaftlichen Empfehlungen entspricht.
82 Damit wollen wir eine Mindestpersonalausstattung absichern, zudem brauchen wir ei-
83 ne Gruppengrößenbeschränkung. Durch Anwendung von Sozialindikatoren bei der Kita-
84 Finanzierung wollen wir die Bildungsgerechtigkeit stärken.

85 Ein neues Kita-Gesetz soll die Trägervielfalt einschließlich der Elterninitiativen erhalten.
86 Kitas der Zukunft sind inklusiv und multikulturell. Wir wollen die Kinderrechte stärken und
87 entsprechend werden wir auch die Beteiligungsrechte der Kinder stärken. Wir wollen alle
88 Tätigkeiten der Erzieher*innen und die Leitungszeit neben der konkreten Gruppenarbeit
89 finanziell absichern. Bürokratie und Verwaltungsaufwand wollen wir zudem minimieren.

90 Kindertageseinrichtungen sollen ein höheres Fortbildungsbudget erhalten, um in den Be-
91 reichen Integration und Inklusion auf dem aktuellen Sachstand arbeiten zu können.

92 Ein GRÜNES Ziel für die Kindertageseinrichtungen ist ein Personalmix aus Fachkräften
93 mit Hochschulabschluss, Erzieherinnen und Erziehern und ergänzend Kinderpflegerinnen
94 und Kinderpflegern. Zudem wollen wir den Einsatz von Hauswirtschaftskräften, die das
95 pädagogische Personal ergänzen, absichern.

96 Wir GRÜNE setzen uns auch weiterhin für Rahmenbedingungen ein, die eine bessere Be-
97 zahlung der Erzieher*innen ermöglichen. Zudem wollen wir für den Ausbildungsberuf Er-
98 zieher*innen werben und dessen Attraktivität steigern. Dafür ist es auch wichtig, mehr
99 männliche Fachkräfte/Erzieher zu gewinnen. Auch die interkulturelle Öffnung der Kitas ist

100 ein Gewinn für alle. Durch den Gewinn von mehr Fachkräften mit Migrationshintergrund
101 und die Umsetzung von bi- bzw. multikulturellen Konzepten wollen wir die interkulturelle
102 Öffnung der Kindertageseinrichtungen weiter voran treiben.

103 Wir wollen Kinder unabhängig von ihrem Geschlecht darin unterstützen, ihre unterschied-
104 lichen Potentiale zu entfalten. Daher fördern wir Ansätze geschlechtersensibler Pädagogik
105 im gesamten Bildungssystem, beginnend in der Kita, um den Kindern so die Entfaltung ih-
106 rer Persönlichkeit frei von Rollenerwartungen zu ermöglichen.

107 Den Übergang von der Kita zur Schule wollen wir etwa durch gemeinsame Fort- und Wei-
108 terbildungen der Fachkräfte weiter verbessern. Im Interesse der Kinder unterstützen wir
109 die Anstrengungen von Kitas und Schulen, den Übergang partnerschaftlich zu gestalten.

110 Wir haben das letzte Kindergartenjahr landesweit beitragsfrei gemacht. Unser Ziel ist,
111 dass Bildung grundsätzlich beitragsfrei wird – auch in den Kitas. Der weitere Ausbau der
112 Kita-Plätze, mehr Qualität insbesondere durch eine verbesserte Fachkraft-Kind-Relation,
113 flexible Öffnungszeiten, die die Bedarfe der Eltern berücksichtigen, und eine deutliche
114 Entlastung des Personals stehen ganz oben auf unserer Agenda.

115 Ein wichtiges Anliegen sind uns Kinder mit besonderen Förderbedarfen. Ihnen gilt unsere
116 gesamte Aufmerksamkeit, wenn es darum geht, Verschiebepunkte zwischen den unter-
117 schiedlichen Förder- und Hilfesystemen zu vermeiden oder abzubauen. Wir wollen dafür
118 Sorge tragen, dass besondere Kinder auch in der Kita diejenige Förderung und Therapie
119 erhalten, die sie benötigen. Um Barrieren abzubauen und Teilhabe ermöglichen zu können,
120 müssen exklusive Sondereinrichtungen sukzessive abgeschafft und die vorrangig zustän-
121 digen Kostenträger zu den Kosten in der Kita herangezogen werden. Die Schnittstelle zur
122 interdisziplinären Frühförderung ist gesondert zu betrachten und soll über eine Landes-
123 rahmenempfehlung möglichst aufgelöst werden.

124 **Kindertagespflege / Faire Entlohnung und Mindeststandards in** 125 **der Kindertagespflege**

126 Viele Eltern entscheiden sich für eine Betreuung in der Kindertagespflege, weil sie die
127 Qualität der Betreuung und das familiäre Umfeld schätzen. Deshalb sind Tagesmütter und
128 -väter ein wichtiger Eckpfeiler in der U3-Betreuung: Wir wollen sie weiterhin fördern und
129 unterstützen. Hierzu gehört eine zertifizierte Qualifizierung der Tagespflegepersonen min-
130 destens auf dem Niveau des 160 Ausbildungsstunden umfassenden Lehrplans des Deut-
131 schen Jugendinstituts sowie verpflichtende Weiterbildungen. In Anbetracht der großen Be-
132 deutung, die bei Kindern unter drei Jahren der Sprachentwicklung beizumessen ist, müssen
133 Kindertagespflegepersonen über fundierte Kenntnisse in der Sprachentwicklung verfügen
134 und auf dem Gebiet der alltagsintegrierten Sprachbildung für unter Dreijährige geschult
135 sein. Diese Schulung wird ergänzt um eine qualifizierte Zusatzausbildung, die die Tages-
136 pflegepersonen nachweisen müssen, um auch Kinder mit Behinderung betreuen zu kön-
137 nen.

138 Die Kindertagespflege muss stärker in die landesweiten Maßnahmen zur Qualitätsent-
139 wicklung in der Elementarbildung eingebunden werden. Wir GRÜNE unterstützen die For-
140 derungen nach fairer Entlohnung und mehr gesellschaftlicher Anerkennung der Kinderta-

141 gepflege und aller Beschäftigten im Elementarbereich. Deshalb wollen wir mit den kom-
142 munalen Spitzenverbänden und dem Landesverband der Tageseltern einen Stundensatz
143 pro Kind vereinbaren, der sowohl für die Qualität als auch für die Entlohnung angemessen
144 ist.

145 **Kinderrechte / Die UN-Kinderrechtskonvention konsequent um-** 146 **setzen**

147 Wir GRÜNE stehen für Vielfalt: Wir setzen uns ein für gleiche Chancen und Entwicklungs-
148 möglichkeiten für alle Kinder unabhängig von Geschlecht, sozialer und ethnischer Her-
149 kunft, religiöser Zugehörigkeit, Aufenthaltsstatus oder Behinderung. Dazu gehört auch die
150 sprachliche Vielfalt für alle Kinder in Kitas zu stärken und bi- bzw. multilinguale Konzepte
151 ins Zentrum zu rücken. Nicht nur als integrationspolitisches Instrument, sondern gerade
152 auch als Mittel zur Förderung der kognitiven Entwicklung von Kindern.

153 Wir GRÜNE kämpfen für ein kindgerechtes Land: Kinder können und sollen sich beteiligen,
154 der Sozialraum wird kindgerecht geplant und gestaltet und entscheidende Berufsträger
155 sollen sich in ihrer Ausbildung mit Kinderrechten befassen. Wir bauen Barrieren für Kinder
156 ab!

157 NRW soll die drei zentralen Säulen der UN-Kinderrechtskonvention konsequent umsetzen.
158 Wir wollen die Rechte von Kindern und Jugendlichen in NRW stärken, indem wir ein Mo-
159 nitoring der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention etablieren, Beteiligungsrechte in
160 der Gemeindeordnung verankern, Ombudschaften flächendeckend ausbauen und Ar-
161 mut bekämpfen. Dafür wollen wir unsere Politik an den drei UN-Kinderrechtskonvention-
162 Säulen ausrichten: Förderung, Vorsorge und Schutz.

163 Kinder haben ein Recht auf Förderung: Um der steigenden Kinderarmut entgegen zu wir-
164 ken, müssen benachteiligte Kinder gestärkt und ihre Startchancen von Anfang an verbes-
165 sert werden. Um die Armutsspirale nachhaltig zu durchbrechen, bleibt die Bildungsge-
166 rechtigkeit ein wichtiges Ziel.

167 Kinder haben ein Recht auf Beteiligung: Kinder müssen von Anfang an beteiligt werden.
168 Wir wollen die Beteiligungsrechte der Kinder in Kitas, und in Jugendhilfeeinrichtungen
169 stärken.

170 Kinder haben ein Recht auf Schutz. Kinder und Jugendliche müssen unabhängig ihres Ge-
171 schlechts, ihrer sexuellen Identität, sozialen, ethnischen Herkunft, religiösen Zugehörig-
172 keit, Aufenthaltsstatus und Behinderung vor Diskriminierung, körperlicher und psychischer
173 Gewaltanwendung sowie Verwahrlosung geschützt werden.

174 Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) und die UN-Kinderrechtskonvention gelten
175 für alle Kinder und Jugendliche ohne Ausnahme. Wir wollen Teilhabe von Beginn an er-
176 möglichen und durch einen emanzipatorischen Ansatz fördern. Wir stellen sicher, dass die
177 frühkindliche Betreuung von Beginn an erfolgt, die Jugendarbeit und die Jugendsozial-
178 arbeit ausgebaut und gestärkt werden und der Kinderschutz diese Zielgruppe stärker in
179 den Blick nimmt. Bundesweiter Standardabsenkung in der Jugendhilfe treten wir genauso
180 entschieden entgegen, wie der Absenkung von Standards und Ausnahmeregelungen für

181 minderjährige Geflüchtete. Wir setzen uns für die inklusive Lösung, d.h. für die Zuständig-
182 keit der Kinder- und Jugendhilfe auch für alle Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen
183 ein. Den individuellen Rechtsanspruch auf Hilfen zur Erziehung wollen wir weiterhin si-
184 cherstellen.

185 Wir setzen weiterhin auf Prävention und werden uns für ein umfassendes Kinderpräven-
186 tionsgesetz einsetzen. Aus dem Modellprojekt „Kein Kind zurücklassen“ haben wir viel
187 Wissen gewonnen. Wir wollen Präventionsketten ausbauen und Präventionskonzepte um-
188 setzen sowie Ombudsstellen und Netzwerkarbeit ausbauen und stärken. Dadurch nehmen
189 wir gerade besonders verwundbare und verletzte Kinder in den Blick.

190 Wir müssen stetig prüfen, wie wir die UN-Kinderrechtskonvention umsetzen. Dieses Moni-
191 toring von Kinderrechten wird von uns GRÜNEN in Angriff genommen und wir wollen die
192 Monitoringstelle für Kinderrechte damit beauftragen und sie deshalb stärken und dauer-
193 haft finanzieren. Wir wollen Kinderrechte ins Grundgesetz schreiben.

194 **Kinderarmut / Wir wollen Kinderarmut bekämpfen**

195 Kinderarmut in NRW zu bekämpfen, ist eine Querschnittsaufgabe. Wir müssen benach-
196 teiligte Kinder stärken und ihre Startchancen von Anfang an verbessern. Bildungsgerech-
197 tigkeit ist ein wichtiger Baustein im nachhaltigen Kampf gegen die Kinderarmutsspirale.
198 Gerade die ersten Lebensjahre sind für den Bildungserfolg entscheidend. Das bedeutet:
199 Frühkindliche Bildung wirkt präventiv gegen Kinderarmut. Auch deshalb werden wir GRÜ-
200 NE die Kindertageseinrichtungen qualitativ und quantitativ ausbauen.

201 Der Runde Tisch Kinderarmut führte zu einer fachübergreifenden Politik, um die Kinderar-
202 mut in NRW zu reduzieren. Wir wollen die zunehmende Kinderarmut nicht hinnehmen. Wir
203 möchten Kinderarmut wirksam bekämpfen und uns dafür einsetzen, dass der Bund eine
204 Kindergrundsicherung einführt.

205 **Familie / Familien in ihrem Alltag unterstützen**

206 Wir erkennen Familien in ihrer Vielfalt an und stärken sie. Familie ist dort, wo Kinder sind
207 und wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Wir wollen Familien in ihrer
208 jeweiligen Lebenssituation unterstützen.

209 Familien wollen dort leben, wo sie eine hohe Lebensqualität vorfinden. Das hängt zuneh-
210 mend auch davon ab, wo Eltern am besten Beruf und Familie miteinander verbinden kön-
211 nen. Kommunen können durch gute Zeitpolitik Familien gewinnen, indem sie z.B. Kitaplät-
212 ze mit guten und familienfreundlichen Betreuungszeiten schaffen oder in kommunalen
213 Zeitbüros vor Ort dazu beitragen, die Organisation von Alltagszeiten familienfreundlicher
214 zu gestalten.

215 Die Organisation des Alltags stellt besonders für Menschen, die für andere sorgen, eine
216 alltägliche Herausforderung dar. Gerade größere Arbeitgeber*innen sollten Angebote zur
217 Kinderbetreuung bereitstellen und Eltern damit familiengerechte Arbeitszeiten ermögli-
218 chen. Dafür wollen wir es Unternehmen erleichtern, in Kooperation mit freien Trägern

219 Betriebskindergärten zu gründen. Wir setzen uns bei Unternehmen und öffentlichen Ein-
220 richtungen für familienfreundliche Arbeitszeitmodelle ein.

221 Im Rahmen eines Landespräventionsgesetzes werden wir die Frühen Hilfen ausbauen und
222 stärken. Durch die Förderung von Frühen Hilfen wollen wir vor allem Familien in Krisen
223 und Problemlagen frühzeitig unterstützen.

224 Für die Kinder ist es wichtig, dass Eltern und Einrichtungen gut und auf Augenhöhe zusam-
225 menarbeiten. Dies wollen wir GRÜNE stärker verankern. Um Eltern bei ihren Erziehungs-
226 aufgaben zu unterstützen, werden wir auch weiterhin Familienhilfe und Kinderbetreuung
227 in Familienzentren vernetzen und die Familienzentren und Familienbildungsstätten aus-
228 bauen und stärken: Wir setzen uns für eine bessere Infrastruktur, bessere Beratung, einen
229 engen Quartiersbezug und passgenaue Hilfsangebote ein.

230 Wir wollen die Familienzentren zu Familienzentren plus weiterentwickeln. Familienzen-
231 tren plus sollen die Familien im Bereich Gesundheit/Ernährung beraten und unterstützen.
232 Dafür sollen Sozialpädagog*innen beschäftigt werden.

233 **Alleinerziehende / Alleinerziehende stark machen**

234 Alleinerziehende sind im Alltag oft besonders belastet. Sie verdienen unsere besondere
235 Unterstützung. Alleinerziehende brauchen mehr Wege in gut bezahlte Arbeit, einen leich-
236 teren Wiedereinstieg in den Beruf und müssen vor Armut besser geschützt werden. Sie
237 sind besonders auf eine verlässliche Infrastruktur angewiesen, die es ihnen ermöglicht,
238 Familie und Erwerbsarbeit gut vereinbaren zu können.

239 Auch deshalb wollen wir die Kinderbetreuung in Randzeiten ausbauen und eine gute Be-
240 treuung in den Ferien sicherstellen. In den Familienberatungsstellen der Kommunen und
241 freien Träger sollen Alleinerziehende bestmöglich informiert und beraten werden. Wir set-
242 zen uns für eine gerechtere Familienförderung ein: Weg vom Ehegattensplitting und hin
243 zur Unterstützung für Familien, in denen Kinder leben. Deshalb setzen wir uns im Bund
244 für eine Kindergrundsicherung ein. Außerdem wollen wir, dass auch Alleinerziehende eine
245 Wohnung in ihrem vertrauten Viertel bezahlen können.

246 Im Projekt „Sonne, Mond und Sterne“ werden Kinder durch Erzieher*innen außerhalb der
247 Kita-Öffnungszeiten zuhause betreut. Dieses Projekt wollen wir ausbauen und in weiteren
248 Kommunen fördern.

249 **Regenbogenfamilien**

250 Das Familienmodell „Vater-Mutter-Kind“ ist bei weitem nicht die einzige Möglichkeit,
251 glücklich als Familie zusammen zu leben. Leider sind die meisten Regelungen aber noch
252 immer auf diese Familienform ausgelegt. Die Fragestellungen, mit denen sich Regenbo-
253 genfamilien deshalb auseinandersetzen müssen, sind sehr komplex und bedürfen einer
254 speziellen Fachlichkeit. Daher benötigen wir eine „Landeskoordinationsstelle Regenbo-
255 genfamilien“, die nicht nur die Regenbogenfamilien berät, sondern für die Qualifizierung,

256 Fort- und Weiterbildung von Behörden und Familienberatungsstellen sorgt. Darüber hin-
257 aus soll diese Stelle aber auch für die Beratungsstellen der LSBTTI*-Community zuständig
258 sein, da diese in aller Regel erste Anlaufstelle für Regenbogenfamilie sind.

259 **Kinder und Familie – das wollen wir GRÜNE:**

- 260 • ein neues Kita-Gesetz mit kleineren Gruppen und mehr Qualität für Kinder, Eltern
261 und Personal
- 262 • Öffnungszeiten, die die Bedarfe der Eltern berücksichtigen
- 263 • Umfangreiche und ganzheitliche Beratung durch Familienzentren plus
- 264 • gleiche Rechte für alle Kinder und Familienformen
- 265 • Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch Zeitpolitik
- 266 • Bessere Bezahlung und Arbeitsbedingungen der Erzieher*innen

267 **Jugend**

268 Wir möchten in NRW für Jugendliche mehr Freiräume schaffen. Kinder und Jugendliche
269 brauchen räumliche und zeitliche Freiräume, um sich selbst erfahren, entwickeln und Par-
270 tizipation erleben zu können. Auch junge Menschen brauchen Eigenzeit, über die sie selbst
271 verfügen können. Sie brauchen Erfahrungs- und Bewegungsräume, die sie auch selbst ge-
272 stalten können.

273 Jugendliche müssen am längsten mit den politischen Entscheidungen, gesellschaftlichen
274 Entwicklungen und ökologischen Umbrüchen leben. Aus diesem Grund sind sie inter-
275 essiert, politisch-gesellschaftlich engagiert und der Motor unserer Gesellschaft für eine
276 nachhaltige Entwicklung. Wir GRÜNE werden das Recht der jungen Menschen auf Teilha-
277 be und Partizipation unabhängig ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, Herkunft und
278 Aufenthaltsstatus stärken und institutionell verankern.

279 Für uns GRÜNE ist wichtig, dass besonders benachteiligte Jugendliche eine Chance auf
280 die Entwicklung zu einem eigenständigen, verantwortlichen Leben in unserer Gesellschaft
281 bekommen, denn das bedeutet Chancengerechtigkeit statt Ausgrenzung, Chancenlosigkeit
282 und Hoffnungslosigkeit.

283 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

284 Mit uns GRÜNEN war von Anfang an klar: Jugendpolitik ist ein eigenständiges Politikfeld.
285 Und so wird das in Nordrhein-Westfalen auch seit 2010 betrachtet.

286 Wir fördern die „Ombudschaft Jugendhilfe NRW“ und ermöglichen so jungen Menschen,
287 sich an eine unabhängige Beschwerdestelle wenden zu können.

288 Zudem haben wir die Servicestelle Jugendbeteiligung eingerichtet. Die Servicestelle hat
289 das Ziel, neue Modelle und Praxisansätze der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

290 in der Jugendarbeit und der Jugendpolitik in NRW zu entwickeln und zu erproben. Die
291 Servicestelle unterstützt und berät den Jugendrat NRW, Kommunen und Verbände.

292 Wir haben das Versprechen gehalten und das Fördervolumen des Kinder- und Jugendför-
293 derplans 2010 von 80 Mio. € auf 100 Mio. € erhöht und dieses Fördervolumen bis 2017
294 verlässlich fortgeschrieben.

295 Im Jugendförderplan werden Projekte für Mädchen und Jungen gefördert. Gender Main-
296 streaming wird insbesondere durch die Fachstelle Gender NRW und die LAGen Mädchen-
297 arbeit und Jungenarbeit gewährleistet, die wir finanziell fördern.

298 Der Kinder- und Jugendförderplan hat insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendli-
299 che als Zielgruppe definiert. Die Vielfalt der Kinder und Jugendlichen in NRW spiegelt sich
300 auch im Jugendförderplan wider. Durch Angebote werden speziell Jugendliche mit Migra-
301 tionshintergrund, mit einer Behinderung und mit LSBTTI-Identität unterstützt. Einrichtun-
302 gen und Verbände, die sich der Zielgruppe der Jugendlichen mit LSBTTI-Identität widmen,
303 haben wir in die Förderung aufgenommen. Wir fördern die Fachstellen „Together“ und „ger-
304 ne anders“, die die Vernetzung und den Austausch zwischen den LSBTTI-Jugendgruppen
305 organisieren.

306 Jugendliche, die Freiwilligendienste durchführen, leisten einen wichtigen Beitrag für die
307 Gesellschaft. Freiwilligendienste sind auch Bildungs- und Orientierungszeiten für junge
308 Menschen. Für alle Formen des freiwilligen sozialen und freiwilligen ökologischen Jahres
309 (FSJ/FÖJ) deckt der Kinder- und Jugendförderplan die wichtige Qualifizierungsarbeit.

310 **Partizipation / Jugendliche wirksam beteiligen**

311 NRW wird das stärkste Beteiligungs-Bundesland, indem es die Beteiligungsrechte von Ju-
312 gendlichen noch weiter stärkt und die Umsetzung sicherstellt. Jugendliche haben nach der
313 UN-Kinderrechtskonvention ein Recht auf Beteiligung.

314 Viele Jugendliche sind daran interessiert, sich vor Ort zu engagieren, denn vor allem sie
315 sind von den Rahmenbedingungen und Entwicklungen in ihrem Lebensumfeld betroffen.
316 Das betrifft Dinge und Fragen des Alltags: Wie ist das Verkehrssystem ausgestaltet? Gibt
317 es genug Plätze und Räume für sie? All das hat direkte Wirkungen auf ihr Wohlbefinden.
318 Wir wollen den Jugendlichen mehr Beteiligung in ihrem Sozialraum ermöglichen, indem
319 wir das Recht auf Beteiligung in der Gemeindeordnung festlegen.

320 Junge Menschen sind aber auch direkt von der Landespolitik betroffen. Benötigt werden
321 gesetzliche Grundlagen von Beteiligung und die nachhaltige Förderung von Beteiligungs-
322 strukturen.

323 Wir wollen durch einen Jugendcheck alle Gesetzesinitiativen daraufhin prüfen, ob sie die
324 Interessen der Jugendlichen betreffen und ausreichend berücksichtigen.

325 Um Beteiligung sicherzustellen und ein systematisches, unabhängiges Jugend-Monitoring
326 zu ermöglichen, werden wir das dafür erforderliche Personal und auch die entsprechende
327 Infrastruktur fördern. Damit junge Menschen sich aber auch beteiligen können, benötigen
328 sie Zeit und Freiräume.

329 Kinder und Jugendliche haben zudem auch ein Recht auf Freizeit und Erholung. Deshalb
330 wollen wir, dass das Land Ferienfreizeiten von nicht kommerziellen Anbietern finanziell
331 fördert, um die Kosten niedrig zu halten und möglichst vielen Kindern und Jugendlichen
332 einen Zugang zu bieten. Kinder aus Familien mit geringem Einkommen sollen besonders
333 gefördert werden.

334 Auch 16- und 17-jährige müssen bei Landtagswahlen das aktive Wahlrecht erhalten. Durch
335 das Herabsenken des Wahlalters würden die Interessen der Jugendlichen stärker von den
336 Parteien und Fraktionen auf Landesebene berücksichtigt werden. Dies ist vor dem Hinter-
337 grund des demografischen Wandels umso wichtiger, denn die Gruppe junger Menschen ist
338 im Vergleich zur Gesamtheit der Wahlberechtigten unterrepräsentiert.

339 Jugendbildungsstätten und Jugendverbände leisten einen wichtigen Beitrag zur politi-
340 schen Bildung, zum Demokratieverständnis und zum gesellschaftlichen Engagement. Ju-
341 gendbildungsstätten müssen auch jenseits von Projektarbeit gefördert werden, Jugend-
342 verbände wollen wir stärker fördern und so die gestiegenen Kosten ausgleichen.

343 Kinder und Jugendliche müssen sich nicht nur beteiligen, sondern auch beschweren kön-
344 nen. Junge Menschen sind mit Macht-Asymmetrien in Institutionen und Einrichtungen
345 konfrontiert. Die Praxis der letzten Jahre macht deutlich, dass junge Menschen eine un-
346 abhängige Stelle brauchen, die sie unterstützt. Wir wollen die Ombudsstelle NRW in die
347 Regelfinanzierung aufnehmen.

348 **Kinder- und Jugendförderplan / Kinder und Jugendliche stärker** 349 **fördern**

350 Das Land ist durch das Kinder- und Jugendförderungsgesetz verpflichtet, für jede Legisla-
351 turperiode einen Kinder- und Jugendförderplan zu erstellen.

352 Wir Grüne wollen durch den Kinder- und Jugendförderplan Projekte verstärkt fördern und
353 ausbauen, die zum Ziel haben, Demokratie, Toleranz, interkulturelle und interreligiöse
354 Kompetenz zu stärken.

355 Durch die Förderung dieser Projekte ermöglichen wir Teilhabe und Partizipation junger
356 Menschen und wirken so einer möglichen Radikalisierung entgegen. Denn Jugendliche
357 sind mit vielen Unsicherheiten konfrontiert. Wir wollen sie ermächtigen und durch Em-
358 powerment ihr Selbstbewusstsein stärken. Hierfür werden wir auch im Jugendbereich ein
359 landesweites Präventionsprogramm umsetzen, welches systemübergreifend und vernet-
360 zend etwa in klassischer Jugendhilfe, in Schule, in Freizeiteinrichtungen, in der aufsuchen-
361 den Jugendhilfe und in der Streetworkarbeit wirkt.

362 Für eine stärkere Förderung von den für uns GRÜNEN wichtigen Projekten wie Inklusion,
363 Projekte für Jugendliche mit Migrationshintergrund, LSBTTI-Jugendarbeit, geschlechter-
364 differenzierte Arbeit oder auch Gewaltprävention muss der Jugendförderplan um 20 Mio.
365 € aufgestockt werden.

366 Für die nächste Legislaturperiode muss es gelingen, Verlässlichkeit zu zeigen, aber auch
367 neue Angebote zu entwickeln und damit eigenständige und einmischende Jugendpolitik
368 auch nach 2017 zu gewährleisten.

369 Im Kinder- und Jugendförderplan werden Projekte für Mädchen und Jungen gefördert. Gen-
370 der Budgeting soll als Analyseinstrument eingeführt werden, damit transparent wird, wel-
371 che Mittel bei Mädchen und welche Mittel bei Jungen ankommen.

372 An der fachbezogenen Pauschale für Jugendverbände und landesweite Träger möchten wir
373 festhalten und sie aufstocken.

374 Jugend – das wollen wir GRÜNE:

- 375 • Wahlalter auf 16 absenken
- 376 • Ein Jugendcheck für alle Gesetze
- 377 • Kinder- und Jugendförderplan weiter aufstocken
- 378 • Recht auf Beteiligung der Jugend in Gemeindeordnung festlegen

379 Schule

380 Wir GRÜNE stehen für einen ganzheitlichen Bildungsbegriff, der Bildung als Wert an sich
381 betrachtet und der nicht auf verwertbares Wissen verengt. Bildung ist mehr als Schule und
382 Schule ist mehr als Deutsch und Mathe, mehr als die Vorbereitung auf einen Beruf oder
383 ein Studium.

384 Für uns stehen die Kinder und Jugendlichen im Vordergrund, nicht die Institution. Soziales
385 und emotionales Lernen gehört zur Entwicklung der Persönlichkeit ebenso wie kritisches
386 und kreatives Denken und Handeln. Zu Bildung gehören das Entdecken und Forschen, das
387 Erleben von Natur und Bewegung, Informationstechnik, Kunst, Musik und Theater, der Re-
388 spekt vor Mitmenschen und vor Tieren. Kinder sollen nicht nur Lesen, Schreiben, Rechnen
389 lernen, sondern auch singen, musizieren, malen, sich bewegen, handwerkliche, technische
390 und soziale Kompetenzen entwickeln und vieles mehr – in Schulen wie in außerschu-
391 lischen Bildungseinrichtungen. Kinder und Jugendliche sollen lernen, das eigene Leben
392 in die Hand zu nehmen. Eine gute Schule zeichnet sich durch eine Kultur des Respekts
393 untereinander und durch Anerkennung und Wertschätzung der Verschiedenheit aus. Inter-
394 kulturelles Lernen gehört ebenso dazu, wie das Lernen und Leben von Demokratie. Auch
395 Lebensgestaltungs- und Nachhaltigkeitskompetenzen, z.B. Ernährung, Gesundheits- und
396 Verbraucher- und Medienbildung, sind Teil eines umfassenden Bildungsauftrags. Kinder
397 und Jugendliche sollen lernen können, was Sinn für das Leben macht.

398 Unsere GRÜNE Schulpolitik ist verlässlich, gerecht und zukunftssicher. Wir haben die
399 Strukturen der Zukunft geschaffen, die werden wir stärken. In den nächsten Jahren gilt
400 es, die Zukunft des Lernens zu gestalten. Wir setzen nicht nur auf Quantität, sondern vor
401 allem auf Qualität. Auch Eltern wollen nicht nur einen Ganztagsplatz für ihre Kinder, sie
402 wollen auch einen guten Ganztagsplatz. Bildung braucht Qualität und Innovation.

403 Das gilt auch und gerade angesichts der Herausforderungen von Inklusion, Integration
404 und Lernen in der digitalen Welt. Eltern wollen, dass ihre Kinder an diesen Entwicklungen
405 teilhaben. Genau dafür setzen wir uns ein.

406 Die derzeitigen globalen und gesellschaftlichen Entwicklungen zeigen für uns GRÜNE
407 deutlich: Demokratie ist nichts Selbstverständliches, sondern wir müssen uns immer wie-
408 der neu für sie einsetzen. Entsprechend müssen auch unsere Kinder Demokratie lernen
409 und erleben. Ein guter Ort ist dafür die Schule. Wir wollen dem teils vorhandenem Unver-
410 ständnis politischer Zusammenhänge und dem wachsenden Vertrauensverlust gegenüber
411 Politik entgegenwirken. Deshalb wollen wir das Thema Demokratie in der Schulentwick-
412 lung und im Lernen weiter stärken und ausbauen.

413 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat von 2005 bis 2010 ein anderes vor allem am öko-
414 nomischen Nutzen orientiertes Bild von Bildung umgesetzt. Die Situation für unsere Schu-
415 len war, als wir GRÜNE in der Regierung das Ministerium für Schule und Weiterbildung
416 2010 übernahmen, ausgesprochen schwierig. Der Stellenplan war nicht ausfinanziert und
417 sah mittelfristig die Streichung von Lehrerstellen vor. Es herrschte großer Unmut über die
418 unvorbereitete Einführung der verkürzten Schulzeit. In der Schulentwicklung gab es einen
419 großen Reformstau: Viele Eltern fanden keinen Platz für ihre Kinder an Gesamtschulen, vie-
420 le Kommunen bangten im dreigliedrigen Schulsystem bei sinkenden Schüler*innenzahlen
421 um ihr weiterführendes Schulangebot, das längere gemeinsame Lernen wurde blockiert
422 und unterbunden. Bei den wenigen neu gegründeten Gesamtschulen wurde diesen der
423 Ganzttag verwehrt.

424 Pädagogisch rückschrittige Reformen der schwarz-gelben Landesregierung sorgten vieler-
425 orts für Kopfschütteln: Ob Wiedereinführung von Kopfnoten, das Ende der Drittelparität in
426 den Schulkonferenzen, die radikale Senkung des Einschulungsalters oder die verbindliche
427 Grundschulempfehlung für die weiterführenden Schulen: Eltern und Kinder wurden ent-
428 mündigt, der anscheinend unvermeidliche Turbo des Lebens sollte noch früher gezündet
429 werden. Schule sollte sich anpassen an einen vermeintlichen neoliberalen Mainstream.
430 Zugleich schlossen CDU und FDP im größten Bundesland aus ideologischen Gründen das
431 Landesinstitut als landesweites Unterstützungssystem für die Schulen. Und mit ihrer Qua-
432 litätsanalyse sorgten CDU und FDP durch komplizierte und ineffiziente Verfahren ohne
433 nachhaltigen Unterstützungseffekt für Unmut an den Schulen.

434 Die GRÜNEN haben hierauf sofort reagiert und zentrale Weichenstellungen vorgenommen,
435 die in den nächsten Jahren weitergeführt, weiterentwickelt und weitergedacht werden
436 müssen.

437 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

438 Direkt nach der Wahl 2010 haben wir wichtige erste Kurskorrekturen vorgenommen: Wir
439 haben das Vorziehen des Einschulungsalters gestoppt, die Kopfnoten abgeschafft, das El-
440 ternwahlrecht für die weiterführende Schule gesichert und die Drittelparität in der Schul-
441 konferenz wiederhergestellt.

442 Als wir 2010 die Regierung antraten, gab es 1.550 Lehrerstellen, die nur auf dem Papier
443 existierten. Damit sie auch real besetzt werden können, haben wir diese Stellen ausfinan-
444 ziert. Zudem haben wir die 10.400 Stellen erhalten, die Schwarz-Gelb wegen des prognos-
445 tizierten Schülerrückgangs schon im Finanzplan gestrichen hatte. Wir haben sie etwa dafür
446 genutzt, Klassengrößen schrittweise zu reduzieren, den Ganzttag spürbar auszubauen und

447 die Inklusion zu gestalten. Seit 2012 haben wir darüber hinaus über 8.000 neue Stellen
448 u.a. für Inklusion und Integration geschaffen.

449 Wir haben Schulpolitik nicht von oben verordnet, sondern im Dialog gestaltet: Sei es in
450 der Bildungskonferenz, beim Runden Tisch G8/G9, mit der Weiterbildungskonferenz oder
451 im Gesprächskreis Inklusion. Dem Referenzrahmen Schulqualität ging ein breiter Online-
452 Beteiligungsprozess voraus.

453 Wir haben den historischen Schulkonsens geschlossen und dadurch eine dynamische
454 Schulentwicklung ermöglicht und ausgelöst: Seit 2010 gibt es über 230 neue Schulen
455 des längeren gemeinsamen Lernens.

456 Wir haben den Ganzttag weiter entwickelt, mehr Ganztagsplätze geschaffen und im Offe-
457 nen Ganzttag jeden einzelnen Platz mit mehr Geld unterstützt, indem die Fördersätze des
458 Landes für die OGS nun jährlich um 3 Prozent angehoben werden. Wir haben zudem die
459 Kommunen dafür gewonnen, dass auch sie ihren Anteil jährlich um 3 Prozent erhöhen. Die
460 Zahl der Plätze in der offenen Ganzttagsschule im Primarbereich ist im Schuljahr 2016/17
461 auf insgesamt 305.100 Plätze gestiegen – das sind rund 80.000 Plätze mehr als 2010.

462 Wir haben den immer wieder aufkommenden G8/G9-Unmut aufgegriffen und sind ihm
463 dialogorientiert begegnet: zunächst mit der Möglichkeit zur Wahl zwischen G 8 und G 9
464 und anschließend mit einem Bündel von Maßnahmen zur Entlastung der Schüler*innen im
465 Gymnasium, wie Entlastung bei den Hausaufgaben oder Reduzierung des Nachmittagsun-
466 terrichts.

467 Wir haben den Islamischen Religionsunterricht eingeführt, in dem Schüler*innen von in
468 Deutschland ausgebildeten Lehrkräften in deutscher Sprache und mit vom Schulministe-
469 rium, erstellten Curricula unterrichtet werden. Er wird von einem Beirat, in den die mus-
470 limischen Verbände und das Schulministerium paritätisch Mitglieder entsenden, gemein-
471 sam verantwortet. Für die Lehrerausbildung haben wir einen eigenen Lehrstuhl in Münster
472 geschaffen. NRW ist damit bundesweiter Vorreiter.

473 Wenn die Mehrheit der Eltern es wünscht, können konfessionelle Grundschulen leichter
474 in Gemeinschaftsschulen umgewandelt werden. Da es Eltern wichtig ist, dass ihre Kin-
475 der wohnortnah zur Schule gehen können, haben wir ein Grundschulkonzept zum Erhalt
476 kleiner Grundschulstandorte entwickelt und in die Tat umgesetzt. Mit der neuen Sekun-
477 darschule kann die weiterführende Beschulung vor Ort gesichert werden.

478 Wir haben die Rahmenbedingungen zugunsten kleiner Klassen verbessert, und die Schul-
479 leitungen haben mehr Leitungszeit bekommen.

480 Auf dem Weg zur Inklusion haben wir für die Eltern von Kindern mit Behinderung end-
481 lich das Recht auf einen Platz in einer Regelschule geschaffen. Diesen Prozess haben wir
482 mit über 4.000 zusätzlichen Stellen und mehr Geld für die Kommunen begleitet. Wir haben
483 die Studienplatzkapazität für Sonderpädagogik um 2.300 Plätze erhöht und eine berufsbe-
484 gleitende Qualifizierung zur Sonderpädagogik für Lehrkräfte mit 2.500 Plätzen geschaffen.
485 Insgesamt investieren wir für die Inklusion bis 2017 mehr als eine Milliarde Euro.

486 Wir haben die Eltern und Schüler*innen nicht im Regen stehen lassen und die zunächst
487 vom Bund im Zusammenhang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket finanzierten Stellen

488 für Schulsozialarbeit erhalten, obwohl sich der Bund hier aus der Verantwortung gestohlen
489 hat.

490 Die Qualität der Schulen und des Unterrichts ist für die Kinder das Wichtigste. Neben dem
491 Referenzrahmen Schulqualität haben wir dafür auch in der Lehrerbildung Inklusion
492 und den Erwerb digitaler Kompetenzen verbindlich verankert. Zudem haben wir zur Un-
493 terstützung der Schulen ein neues Landesinstitut gegründet und aufgebaut, die „Qualitäts-
494 und Unterstützungsagentur – Landesinstitut für Schule“. Und wir haben eine Strategie zur
495 Bildung für nachhaltige Entwicklung verabschiedet und mit der Umsetzung begonnen.

496 Das Lernen in der digitalen Welt ist durch uns auf einen guten Weg gebracht. Wir haben mit
497 Modellschulen den Einsatz digitaler Schulbücher erprobt und mit „Logineo“ eine sichere
498 digitale Plattform für die Schulen entwickelt und einen Schulversuch Informatik an Grund-
499 schulen initiiert. Wir ermöglichen mehr und schnellere Internetanschlüsse für die Schulen
500 und finanzieren für die Zentren für Lehrerbildung eine moderne digitale Ausstattung.

501 Wir haben die Kommunen mit dem Programm „Moderne Schule“ bei Neubau und Moder-
502 nisierung von Schulen sowie Schaffung digitaler Infrastruktur unterstützt. Mit dem Pro-
503 gramm „Gute Schule 2020“ stehen weitere 2 Mrd. Euro für die Kommunen zur Verfügung.

504 Wir haben die Mittel für das Netzwerk „Schulen ohne Rassismus – Schule mit Courage“
505 deutlich erhöht und das Netzwerk ausgebaut.

506 Wir haben die Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr verändert. Dadurch müssen
507 bei Diskussionen mit der Bundeswehr auch Vertreter*innen der Friedensorganisationen
508 gleichberechtigt in die Schulen eingeladen werden. Das Land unterstützt diese dabei fi-
509 nanziell. Werbung für die Bundeswehr in Schulen bleibt weiter unzulässig.

510 Wir GRÜNE wollen diese Entwicklungen auch nach 2017 konsequent, verlässlich und im
511 Dialog mit allen Beteiligten fortsetzen und begleiten.

512 **Innere Schulentwicklung / Beste Qualität für unsere Schulen**

513 Jedes Kind ist anders und die Lernwege und Zugänge sind vielfältig. Dieser Vielfalt muss
514 Schule und müssen Lehrkräfte gerecht werden, auch durch eine Unterrichtsgestaltung, die
515 individuelles Lernen ermöglicht. Wir wollen auf den guten Erfahrungen des Netzwerks „Zu-
516 kunftsschulen NRW“ mit jetzt schon knapp 300 Schulen zur individuellen Förderung und
517 Leistungsbegleitung aufbauen. Hiervon sollen alle Schulen profitieren können. Das sind
518 auch wirksame Instrumente, um Sitzenbleiben und Abschulen zu vermeiden. Die Zusam-
519 menarbeit der Lehrkräfte untereinander und mit Fachkräften anderer Profession erfordert
520 auch Zeit.

521 Wir wollen die Fortbildungsoffensive erweitern, systematisch die Teambildung an Schulen
522 unterstützen – auch mit Teamzeit – sowie das Coaching für die Schulleitung ausbauen.

523 Der Unterricht an den Schulen in NRW beginnt zwischen 7.30 Uhr und 8.30 Uhr. Wir GRÜNE
524 wollen hier eine neue Flexibilität ermöglichen um den Unterrichtsbeginn stärker an den
525 Rhythmus der Schüler*innen und den veränderten Lebens- und Arbeitsbedingungen in den
526 Familien anpassen. Schulen und Kommunen sollen den Unterrichtsbeginn auch auf später
527 als 8.30 Uhr festlegen dürfen.

528 Verbraucherbildung / Gut leben in der Schule

529 Verbraucher-, Ernährungs- und Gesundheitsbildung werden immer wichtiger. Hier gilt es
530 Alltags- bzw. Lebensgestaltungskompetenzen zu entwickeln. Dieser Bereich muss sinnvoll
531 und altersgerecht in den Schulen verankert werden. Deshalb entwickeln wir mit Modell-
532 schulen Bildungspläne, um Alltagskompetenzen an Grund- und weiterführenden Schulen
533 aller Schulformen im Unterricht zu vermitteln. Zur Verbraucherbildung gehören selbst-
534 verständlich auch ökonomische, ökologische und rechtskundliche Kenntnisse, wie zur Ge-
535 sundheitsbildung auch Bewegung gehört. Die Veränderungen an unseren Schulen und
536 in den Familien führen auch dazu, dass sich etwa das Ernährungsverhalten vieler Schü-
537 ler*innen verändert hat. Um sich gesund zu ernähren, sollen die Schüler*innen wieder
538 mehr über Lebensmittel und die Ernährung insgesamt erfahren.

539 Wir wollen, dass in den Ganztagschulen alle Kinder leckeres und gesundes Essen kennen
540 und schätzen lernen. Die Beteiligung von Schüler*innen und Eltern trägt dazu bei.

541 Bewegung, Spiel und Sport fördern nicht nur die motorischen sondern gleichermaßen die
542 kognitiven und sozialen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen. Eine gute und ge-
543 sunde Schule ist für uns eine bewegte Schule. Deshalb wollen wir die drei regulären Sport-
544 stunden in der Woche erhalten und auch ihre tatsächliche Erteilung unterstützen. Wenn
545 Schulen, insbesondere mit einem Ganztagsangebot, und Sportvereine gut und auf Augen-
546 höhe zusammenarbeiten, können beide Seiten davon profitieren. Deshalb wollen wir zu-
547 dem mit allen Beteiligten auf eine stärkere Zusammenarbeit der Schulen und der Vereine
548 hinarbeiten.

549 Drei Stunden Sportunterricht, zwei Stunden Bewegungsangebote im Ganztage, Mitwirkung
550 in einem Sportverein – dies lässt sich in der von Landesregierung und Landessportbund
551 erarbeiteten Formel 3 + 2 + x zusammenfassen.

552 Eine bewegte Schule integriert Bewegung, Spiel und Sport aber auch in den Schulalltag.
553 Wir setzen uns für eine bewegungsfördernde Schularchitektur ein, die Kinder und Jugendli-
554 che zum Bewegen einlädt. Dazu zählen auch bewegungsfördernde Schulhöfe, aktivierende
555 Unterrichtsinhalte in allen Fächern und die Möglichkeit, Sporthallen auch außerhalb des
556 regulären Sportunterrichts zu nutzen.

557 Wir werden die Kulturelle Bildung für Schulen, Träger und Kommunen weiterhin stärken.
558 Programme wie „Kreativpotenziale und Lebenskunst“, „Kulturagenten für kreative Schu-
559 len“ aus dem Schulbereich, Programme aus dem Kultur- und Jugendbereich sowie die ver-
560 schiedenen Unterstützungsleistungen des Landes sollen systematisch zusammengeführt
561 werden, um Schulen aktiv und nachhaltig bei der Entwicklung kultureller Schulprofile zu
562 unterstützen.

563 Integration / Integration durch Bildung ermöglichen

564 Mit guter Bildung gelingt Integration. Wir GRÜNE werden auch weiterhin die für Integra-
565 tion durch Bildung notwendigen Stellen und Ressourcen kurzfristig zur Verfügung stellen
566 und sinnvoll einsetzen.

567 Auch Kinder und Jugendliche, die zu uns nach Deutschland zugewandert sind, und ihre Fa-
568 milien haben ein Recht auf gute Bildung. Wir GRÜNE wollen alles dafür tun, damit sie sich
569 willkommen fühlen, unsere Sprache lernen und sich integrieren können. Die Bildungsinsti-
570 tutionen haben dafür eine große Verantwortung zu tragen. Das gilt für den Spracherwerb
571 von Kindern und Jugendlichen in Kitas und Schulen, das gilt aber auch für die gesellschaft-
572 liche Integration im Allgemeinen. Bildungspolitik ist ein zentraler Beitrag zu einer offenen
573 Gesellschaftspolitik.

574 Damit Integration im und über das Schulsystem gelingt, müssen wir interkulturelle Bil-
575 dung und Erziehung stärken. Deshalb bleiben die Angebote herkunftssprachlichen Un-
576 terrichts weiter unverzichtbar, die mehr als bisher in ein Gesamtkonzept der Mehrspra-
577 chigkeit integriert werden müssen. Wir brauchen eine Stärkung der Aus- und Fortbildung
578 für interkulturelle Bildung und Erziehung sowie durchgängige Sprachbildung in allen Fä-
579 chern im Zeichen der Mehrsprachigkeit. Unser Ziel ist eine sprachensible Unterrichts-
580 und Schulentwicklung, die die Schüler*innen mit ihren jeweiligen sprachlichen Ressour-
581 cen und ihrem täglichen Erleben in den Vordergrund stellt und alle Sprachen der Kinder
582 und Jugendlichen gleichermaßen wertschätzt.

583 Mit dem deutschen Sprachdiplom können insbesondere neu zugewanderte Jugendliche
584 ihre Sprachkompetenz auf dem Sprachniveau A2/B1 nachweisen. Das ist ein wichtiger Bei-
585 trag zur Erstintegration. Derzeit testen jeweils fünf bis sechs Schulen pro Bezirksregierung
586 dieses Angebot. Wir GRÜNE wollen das Angebot ausweiten und streben ein flächendecken-
587 des Angebot für alle Schulen in NRW an.

588 Wir GRÜNE wollen, dass mehr junge Menschen mit Migrationshintergrund ein Lehramts-
589 studium beginnen und erfolgreich abschließen. Wir werden das Netzwerk der Lehrkräfte
590 mit Zuwanderungsgeschichte stärker unterstützen.

591 Wir GRÜNE wollen die Kompetenzteams für Lehrerfortbildung, die 53 Kommunalen Inte-
592 grationszentren vor Ort und die „Landesweite Koordinierungsstelle Kommunaler Integra-
593 tionszentren“ (LaKI) stärken und weiterentwickeln.

594 Die Eltern einzubeziehen ist für gelingende Integration enorm wichtig. Wir wollen sie für
595 Elternmitwirkung gewinnen und gemeinsam mit Migrantenselbstorganisationen für pass-
596 genaue Qualifizierungsangebote sorgen. Das auf unsere Initiative mit FESCH, Elternnetz-
597 werk und Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte aufgelegte Pilotprojekt soll ausgebaut
598 und in die Fläche übertragen werden

599 **Inklusion / Schrittweise zum inklusiven Schulsystem**

600 Wir GRÜNE teilen aus Überzeugung das Ziel der Vereinten Nationen, ein inklusives Schul-
601 system aufzubauen. Wir wollen eine Schule, in der alle Kinder willkommen und in der auch
602 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf qualifiziert unterstützt werden. Deshalb
603 wollen wir auch nach 2017 die Inklusion auf der Grundlage der UN-Behindertenkonvention
604 schrittweise, aber konsequent weiterführen und die Schulen und Schulträger dabei wirk-
605 sam unterstützen.

606 Der Prozess der Inklusion ist eine Generationenaufgabe, und er stellt hohe Anforderungen
607 an Lehr- und Fachkräfte und die Schulen. Wir erleben aber auch, dass die meisten Schulen,

608 die sich auf diesen Weg begeben, nicht mehr zurück wollen. Das bestärkt uns GRÜNE in
609 unserer Vision einer Schule, in der alle Kinder willkommen sind.

610 Wir GRÜNE wollen für den Aufbau eines inklusiven Schulsystems mehr multiprofessionel-
611 les Personal und deren Einbettung in das Team der Schule ermöglichen.

612 Wir werden den Prozess der Inklusion weiter fortlaufend evaluieren und bei Bedarf nach-
613 steuern. Dinge, die sich gut entwickelt haben, z.B. Beratungs- und Unterstützungsansätze
614 wie bei den Beratungshäusern oder dem Coaching-Modell von mittendrin e.V., wollen wir
615 in die Fläche bringen, damit das ganze Land davon profitieren kann. Wir werden uns auf
616 Bundesebene dafür einsetzen, dass therapeutische Maßnahmen auch in der Schule statt-
617 finden dürfen, damit Eltern und Kindern unnötige Fahrten und ein zeitlicher Mehraufwand
618 erspart bleiben. .

619 Chronisch (somatisch und psychisch) erkrankte Schülerinnen und Schüler müssen wir stär-
620 ker individuell und systemisch unterstützen, damit ihre Teilhabe am Unterricht der allge-
621 meinen Schulen dauerhaft gelingen kann. Wir wollen die Schulen für Kranke mit ihren in-
622 klusiven Kompetenzen weiterentwickeln und die Vernetzung mit den Stammschulen stär-
623 ken. Sie sollen auch stärker beim Wiedereingliederungsprozess in die allgemeine Schule
624 eingebunden werden.

625 **Grundschule / Philosophie in der Grundschule einführen**

626 Die Religions- und Konfessionszugehörigkeiten auch der Grundschüler*innen in NRW sind
627 im Wandel. Sie werden immer heterogener und die Anzahl der konfessionell gebunden
628 Schüler*innen nimmt kontinuierlich ab. Deswegen wollen wir in Ergänzung zum bekennt-
629 nisorientierten Religionsunterricht das Fach Philosophieren mit Kindern in der Grundschu-
630 le einführen, damit sich Kinder mit Sinn-, existentiellen und Wertefragen außerhalb eines
631 bekenntnisorientierten Unterrichts auseinandersetzen können.

632 Wenn Eltern ihre Kinder später einschulen wollen, brauchen sie dafür ein ärztliches Gut-
633 achten. Als alleiniges Kriterium ist dies zu starr. Wir wollen, dass die Grundschulleitungen
634 in Beratung mit den Eltern und der Kita über die Aufnahme in die Schule kindgerecht
635 entscheiden können.

636 **Ganztag / Ausbau und Qualität des Ganztags sichern**

637 Der Offene Ganztag in der Grundschule und der gebundene in der Sekundarstufe I sind
638 deutlich und bedarfsgerecht ausgebaut worden. Diesen Ausbau wollen wir weiter fördern.
639 Außerdem wollen wir die Qualität der Ganztagsangebote verbindlicher festlegen und si-
640 chern.

641 Wir wollen das Erfolgsprojekt Offene Ganztagschule weiterentwickeln und Schulen, frei-
642 en Trägern und Kommunen die Möglichkeit geben, über den ganzen Tag strukturierte und
643 rhythmisierte Angebote sicherzustellen, insbesondere durch eine gesicherte Finanzierung

644 von Vollzeitstellen sozialpädagogischen Personals. So können Lehrkräfte und sozialpäd-
645 agogische Fachkräfte auf Augenhöhe zusammenarbeiten und die individuelle Förderung
646 für alle Kinder erweitern.

647 Je mehr Kinder teilnehmen, umso eher entstehen auch Ganztagszüge und Ganztagsklas-
648 sen, sodass ein strukturierter offener Ganzttag die Vorteile offener und gebundener Formen
649 des Ganztags in sich vereinigt.

650 In der Sekundarstufe I werden wir weiterhin den Ganzttag bedarfsgerecht ausbauen, die
651 Spielräume für die Kapitalisierung zur Mitwirkung außerschulischer Partner erhöhen. Dar-
652 über hinaus wollen wir den Schulen mehr Mittel für flexible Angebote außerhalb eines
653 gebundenen Ganztags zur Verfügung stellen.

654 Mittelfristig ist es unser Ziel, auch den Offenen Ganzttag für alle Eltern beitragsfrei zu
655 gestalten.

656 Wir GRÜNE wollen die neue Anerkennungskultur der außerschulischen Bildung in der
657 Schule stärken. Davon profitieren in erster Linie die Kinder und Jugendlichen, aber auch
658 Schule und ihre außerschulischen Partner*innen. Sie müssen auf Augenhöhe zusammen-
659 arbeiten, um Nachmittagsunterricht, schulische Ganztagsangebote, außerschulische An-
660 gebote und Freizeit der Schüler*innen in Einklang zu bringen. Schulen sollen das soziale,
661 kulturelle und ökologische ehrenamtliche Engagement junger Menschen würdigen. Da-
662 zu wollen wir die Möglichkeiten zur Anerkennung und Freistellung für außerschulische
663 Aktivitäten in Schulen aktiv befördern. Damit werden Schüler*innen auch ermutigt und
664 bestärkt, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen.

665 **Unterrichtsversorgung**

666 Unterrichtsausfall ist in Schule immer ein Thema und wird sich nie völlig vermeiden las-
667 sen. Wir wollen eine Erfassung des Unterrichtsausfalls, die ein vollständigeres Bild von
668 Unterrichtsausfall ermöglicht, ohne die Schulen übermäßig mit Verwaltungsarbeit zu be-
669 lasten.

670 Ausdrücklich sind Projektwochen, pädagogisch sinnvolle Klassenfahrten, Besuche von Mu-
671 seen oder Erinnerungsstätten Lernen in besonderer Form u.a. nicht als Unterrichtsausfall
672 zu werten. Wir werden die Schulen weiterhin dabei unterstützen, geeignete Konzeptionen
673 zu entwickeln, um Unterrichtsausfall so weit wie möglich zu vermeiden. Dies gilt auch
674 bezogen auf die Bedarfe der Sonderpädagogik. Die Verringerung von strukturellem Unter-
675 richtsausfall ist für uns GRÜNE eine Daueraufgabe.

676 Wir werden den erreichten massiven Ausbau der Stellen entsprechend den Bedarfen si-
677 chern und fortsetzen.

678 **Demokratie und Vielfalt / Demokratie und Vielfalt in Schule erler- 679 nen und erleben**

680 Schule als Lebens- und Lernort ist auch der Bereich, in dem Demokratie erlernt und gelebt
681 werden kann. Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit, Homophobie

682 und andere menschenfeindliche Positionen müssen immer wieder aufs Neue bekämpft
683 werden. Demokratisches Denken und Handeln muss von Kindesbeinen erlernt und immer
684 wieder anschaulich erfahren und neu gestaltet werden.

685 Deshalb werden wir auch weiterhin die demokratische Bildung in den Schulen stärken
686 und ausbauen und uns noch stärker dem demokratischen Erleben und Erfahren widmen.
687 Wir GRÜNE wollen über die Einführung der Drittelparität in der Schulkonferenz hinaus die
688 Partizipationsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern weiter verbessern.

689 Die Drittelparität soll sich auch in anderen Gremien abbilden können. Wir wollen die Par-
690 tizipation der Schüler*innen auf allen Ebenen – von der Grundschule an – stärken und
691 altersgerecht ausweiten.

692 Elternmitwirkung wollen wir auf der kommunalen und Landesebene stärken. Mit der ersten
693 Elternkonferenz auf Landesebene haben wir diesen Prozess eingeleitet.

694 Wir werden die Bildungskonferenz als bundesweit prägendes Instrument der Beteiligung
695 in der Bildungspolitik fortführen.

696 Mit Programmen wie Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, „Schule der Viel-
697 falt Schule ohne Homophobie“, „Bildungspartnerschaften Schule – Gedenkstätten, Archi-
698 ve, Museen“, „Demokratisch Handeln“ und „Grundlagentraining Kinderrechte“ werden auch
699 gesellschaftliche Themen in der Schule gelebt. Sie sollen gestärkt und weiterentwickelt
700 werden. Es bewährt sich, wenn politische und historische Bildung im Unterricht und in
701 außerunterrichtlichen Projekten gut aufeinander abgestimmt werden.

702 Bei der Ausbildung von Lehrkräften soll in Zukunft auf eine angemessene Sensibilisierung
703 für die unterschiedlichen Identitäten von Schüler*innen geachtet werden, um gezielter
704 gegen Diskriminierung vorzugehen.

705 Die derzeitigen gesellschaftlichen Entwicklungen erfordern zusätzliche personelle und
706 finanzielle Ressourcen für die politische Bildung, natürlich auf Bundesebene, aber auch
707 in NRW. Politische Bildung soll zielgruppenspezifischer als bisher möglichst alle gesell-
708 schaftlichen Gruppen, von einheimisch bis zugewandert erreichen. Hierzu sollen vorhan-
709 dene Konzepte politischer Bildung von Schule bis Weiterbildung weiterentwickelt und mit
710 den Angeboten der Landeszentrale für politische Bildung verknüpft werden. Ziel soll es
711 sein, dass Bürger*innen sich in einer komplexer werdenden globalisierten Welt und Un-
712 mengen an Informationen zurechtfinden, sich ein begründetes Werturteil zu Sachverhalten
713 bilden können und demokratisch handlungsfähig sind. Deshalb werden wir die Arbeit der
714 Landeszentrale für politische Bildung ausbauen. Darüber hinaus wollen wir einen breiten
715 Beteiligungsprozess unterschiedlicher Akteure zur Weiterentwicklung des von uns auf den
716 Weg gebrachten „Landeskonzeptes Erinnerungskultur“ initiieren. Dazu gehören auch die
717 Gedenkstätten und weitere außerschulische Lernorte.

718 Bildung für nachhaltige Entwicklung systematisch ausbauen

719 Bildung als Schlüssel für nachhaltiges Handeln ist bereits weltweit anerkannt. Um daher
720 die Gestaltungskompetenz für nachhaltiges Handeln auszubauen, stärken wir Bildungsein-
721 richtungen, in denen Schüler*innen zur aktiven Gestaltung einer ökologisch verträglichen,
722 wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Umwelt unter Berücksichtigung glo-
723 baler Aspekte, demokratischer Prinzipien und kultureller Vielfalt zu befähigen sind.

724 So sollen Themen wie Klimawandel, Ressourcenmangel, sozialer Zusammenhalt und glo-
725 bales Lernen fächerübergreifend in den Lehrplänen verankert werden. Dieser Bildungsan-
726 satz erfolgt angefangen von Kitas bis zu den Hochschulen und der Weiterbildung; BNE
727 muss daher innerhalb der Strukturen des Bildungswesens für Akteur*innen deutlicher er-
728 kennbar werden.

729 Wir werden BNE auch im außerschulischen Bereich stärken. Die von uns initiierte Rah-
730 menvorgabe Verbraucherbildung ist der erste Schritt dazu. Für die vielen engagierten Bil-
731 dungszentren im Land und die zahlreichen Bildungsinitiativen wollen wir neue Finanzie-
732 rungsperspektiven entwickeln, da so die flächendeckende Verankerung von Bildung für
733 nachhaltige Entwicklung im Land abgesichert werden kann. Auch die BNE-Zertifizierung
734 von Bildungseinrichtungen werden wir vorantreiben.

735 Damit mehr Kommunen BNE-Kommunen werden, wollen wir eine Beratungs- und Unter-
736 stützungsstruktur fördern.

737 Digitalisierung / Bildungsoffensive für das Lernen in der digitalen 738 Welt

739 Die Digitale Transformation durchdringt alle Lebensbereiche und verändert Wirtschaft und
740 Gesellschaft. Digitale Kompetenzen sind unverzichtbar, auch um Prozesse zu verstehen
741 und hinterfragen zu können. Daher arbeiten wir in Nordrhein-Westfalen an einer Bildungs-
742 offensive für das Lernen in der digitalen Welt. Auch dabei gilt: Im Mittelpunkt stehen die
743 Kinder und Jugendlichen. Es geht nicht darum, Schulen zu digitalisieren, sondern Schulen
744 zu Lernräumen zu machen, die auf ein Leben (und Arbeiten) in der durch Digitalisierung
745 geprägten Welt vorbereiten. Wir GRÜNE wollen weiterhin die Schulen auf diesem Weg
746 unterstützen und begleiten.

747 Dazu arbeiten wir an einem Gesamtmodell, in dem digitale Medien, digitale Infrastruktur,
748 Medienpädagogik, Qualifizierung als Einheit gedacht werden. Bund, Länder und Kommu-
749 nen müssen gemeinsam Verantwortung übernehmen und miteinander kooperieren.

750 Wir GRÜNE wollen eine moderne und transparente Lernumgebung für Schüler, Eltern und
751 Lehrer, die mit Hilfe von digitalen Plattformen wie z.B. Logineo, Moodle usw. umgesetzt
752 werden soll. Durch die kostenlose Bereitstellung dieser Software und einer umfassenden
753 Fortbildung soll eine moderne und transparente Lernumgebung in allen Schulen in NRW
754 geschaffen werden.

755 Wir werden den verstärkten Einsatz freier Software an den Schulen im Sinne von Open
756 Educational Resources unterstützen.

757 Wir brauchen eine digitale Offensive in den Schulen. Digitale Endgeräte sollen im Schul-
758 Alltag selbstverständlich werden. Informatik als Wahlpflichtfach oder als IT-Grundbildung
759 ergibt Sinn, damit Lernen im digitalen Wandel als Querschnittsaufgabe umgesetzt werden
760 kann. Dazu soll der Medienpass verbindlich werden und um informatorische Kompeten-
761 zen erweitert werden. Dieser Weg erfordert eine Fortbildungsoffensive für die Lehrkräfte.
762 Es ist entscheidend, ob wir Kindern und Jugendlichen ermöglichen, digitale Systeme mit-
763 tels Codes und Algorithmen, Schaltkreisarchitektur und Vernetzung planvoll zu erschaffen

764 und zu verändern und in der digital geprägten Welt kommunikativ, kooperativ, kreativ und
765 kritisch reflektierend teilzuhaben

766 Das Lernen in der digitalen Welt erfordert natürlich auch entsprechende Infrastruktur in
767 den Schulen. Wir werden die Kommunen als Schulträger dabei weiterhin aktiv unterstüt-
768 zen. Deshalb wollen wir etwa ermöglichen, dass digitale Medien im Rahmen der Lernmit-
769 telbereitstellung und Lernmittelbeschaffung anerkannt werden.

770 **Selbstständige Schule / Mehr Selbstständigkeit wagen**

771 Von der Entwicklung des Modellvorhabens Selbstständige Schule haben viele Schulen in
772 ihrer Schulentwicklung profitiert. Daran wollen wir nach 2017 anknüpfen und eine neue
773 Offensive für mehr Selbstständigkeit starten. Dabei soll vom Grundsatz her keine Frage von
774 vornherein ausgeklammert werden. Es geht um Budgetverwaltung, Personalverantwor-
775 tung, mehr Entscheidungsmöglichkeiten über multiprofessionelle Teams. Schulen sollen
776 als selbstständige Schulen darüber entscheiden, wen sie einstellen, wie sie den Unterricht
777 organisieren und gestalten, wie die Stundentafel und das Differenzierungsangebot ausse-
778 hen und ob und auf welche Weise sie Lerngruppen bilden. Gleichzeitig muss sichergestellt
779 sein, dass alle Landesteile gut versorgt werden.

780 Angesichts der vielen und von Schule zu Schule verschiedenen Herausforderungen wol-
781 len wir auch das Fortbildungsbudget der Schulen erhöhen, über das sie selbstständig vor
782 Ort entscheiden können. Hierzu werden wir die vorhandenen Fortbildungsmaßnahmen
783 ausbauen und inhaltlich weiterentwickeln.

784 **Strukturfragen / Längeres gemeinsames Lernen weiter ausbau- 785 en**

786 Die Frage der Schulstruktur ist durch den Schulkonsens bis 2023 beantwortet. Im Rah-
787 men dieses Konsenses setzen wir GRÜNE uns dafür ein, weiterhin die Gründung von neu-
788 en Schulen des gemeinsamen Lernens zu unterstützen. Zudem werden wir die gesamte
789 Schulentwicklung wie vereinbart evaluieren, um notwendige Entscheidungen rechtzeitig
790 treffen zu können. Unser Ziel ist und bleibt dabei ein Schulsystem, das nicht aussondert,
791 sondern in dem Kinder gemeinsam lernen.

792 Die Schullandschaft hat sich verändert. Dadurch wandelt sich auch die Rolle der Schul-
793 aufsicht Wir brauchen eine Aufgabenklärung für die untere und obere Schulaufsicht und
794 sich daraus ergebende fachliche und strukturelle Veränderungen. Ziel ist es, eine gute
795 Begleitung und Unterstützung der Schulen bei ihren Schulentwicklungsprozessen zu ge-
796 währleisten.

797 Schulen in freier Trägerschaft sind Bestandteil des öffentlich verantworteten Schulwesens.
798 Sie können Impulsgeber für Schulentwicklung sein und müssen ihren Beitrag zu Chan-
799 cengleichheit, sozialer Gerechtigkeit und Inklusion leisten. Die öffentliche Finanzierung
800 orientiert sich am Einhalten des Sonderungs- und Diskriminierungsverbots. Es darf keine
801 sozialen, kulturellen oder religiös motivierten Ausschlussgründe von den Bildungsange-
802 boten geben. Wir fördern die Vielfalt von Schulen, die Bildung ganzheitlich begreifen und

803 dazu beitragen, das Schulsystem sozial gerechter, inklusiver und damit leistungsstärker zu
804 machen. Der Bildungsanspruch aller Kinder und Jugendlichen auf einen wissenschaftlich
805 fundierten Unterricht muss eingelöst werden. Wir wollen die Versuchs- und Modellschulen
806 in NRW endlich aus ihrem Inseldasein befreien und ihren wissenschaftlich fundierten und
807 evaluierten Erfahrungsschatz für alle Schulen in NRW nutzbar machen.

808 Die Ausgangslage der Schulen für ihre pädagogische Arbeit ist sehr unterschiedlich. Dem
809 wollen wir gerecht werden und Ungleiches auch ungleich behandeln. Die auf der Grundla-
810 ge des Sozialindex vergebenen Stellen wollen wir ausweiten und die Kriterien der Vergabe
811 weiterentwickeln.

812 Anknüpfend an den Schulkonsens wollen wir umfassende Schulangebote in der Fläche
813 sichern, Teilstandorte stärken und die Umwandlung von Schulen auf der Grundlage eines
814 pädagogischen Konzeptes und einem Zweidrittel-Votum aller schulischen Gremien (Schul-
815 konferenz, Lehrerkonferenz und Schulpflegschaft) ermöglichen.

816 **Schulzeit / Mehr Individualisierung – Jedes Kind braucht seine** 817 **Zeit**

818 Wer die Kinder und das Ziel der bestmöglichen Bildung für alle in den Mittelpunkt rücken
819 will, muss von einer einfachen, immer wieder übersehenen Wahrheit ausgehen, die uns
820 GRÜNE leitet: „Jedes Kind ist anders, jedes Kind hat eigene Wege, und jedes Kind braucht
821 auch seine eigene Zeit.“

822 Wir GRÜNE wollen deshalb jedem Kind eine an seine individuellen Voraussetzungen an-
823 gepasste flexible Schulzeit ermöglichen. Den unproduktiven Streit über G8/G9 wollen wir
824 beenden.

825 Wir brauchen für die Debatte über die Schulzeit in Nordrhein-Westfalen eine neue Qualität
826 und eine neue Kultur. Die nächste Reform darf keine Reform sein, die sich an Organisati-
827 onsstrukturen orientiert. Die nächste Reform muss eine sein, die sich an den vielfältigen
828 Bedürfnissen der Kinder orientiert – und zwar nicht nur am Gymnasium, sondern in allen
829 Schulformen und für alle Schulabschlüsse.

830 Das bedeutet: Das Recht aller Kinder auf individuelle Förderung, wie es im NRW-
831 Schulgesetz festgelegt ist, muss auch zu einem Recht auf die individuelle Lernzeit wer-
832 den.

833 Die Grundschule mit der flexiblen Eingangsphase macht es vor – die Kinder können die
834 früheren ersten beiden Schuljahre heute in ein bis drei Jahren durchlaufen.

835 Diesen Reformansatz wollen wir für alle Schulen der Sekundarstufe I und II angemessen
836 entwickeln. Damit erhöhen wir die Durchlässigkeit des Systems und gewährleisten die
837 Mobilität der Schülerinnen und Schüler.

838 Wir fangen in Nordrhein-Westfalen dabei auch bei den weiterführenden Schulen nicht bei
839 Null an, denn das Prinzip der individuellen Förderung hat sich bereits an vielen Schulen
840 durchgesetzt. Eine individuelle, flexible Schullaufbahn ist da ein logischer nächster Schritt.
841 Unser Ansatz kann sukzessive und ohne Gesamtumbau umgesetzt werden. Im Übrigen sind

842 auch die vielen guten Entwicklungen an den Gymnasien, um die Kinder und Jugendlichen
843 im G8 zu entlasten, wertvolle und wichtige Etappen auf diesem Weg der individuellen
844 Förderung.

845 Es ist nicht wichtig, ob Kinder 12, 13, oder 14 Jahre in die Schule gehen. Wichtig ist, dass
846 alle Kinder gut lernen im Sinne einer umfassenden Persönlichkeitsbildung. Wichtig ist
847 auch, dass sie den besten Abschluss schaffen, den sie jeweils individuell erreichen können
848 – was nicht bedeutet, dass alle Abitur machen werden.

849 Um den Schulen einen sanften Weg für diese Veränderung zu ermöglichen, wollen wir im
850 Schulgesetz eine Öffnungsklausel verankern, so dass die Schulen verschiedene Optionen
851 für die flexible individuelle Lernzeit bekommen. Das können etwa tägliche individuelle
852 Lernzeiten wie bei der Dalton-Pädagogik, zwei unterschiedlich lange Gymnasialzüge bis
853 zur Oberstufe entweder ab Klasse 6 oder 7 oder eine sogenannte Brückenklasse 10 sein.
854 Bei der zuletzt genannten Variante wird nach der 9. Klasse entschieden, ob Schüler*innen
855 direkt in Klasse 11 gehen, oder ein Brückenjahr brauchen.

856 Jedem Kind seine eigene Zeit – das ist unser Motto, dafür treten wir ein. G8/G9 war gestern
857 – individuelle flexible Schulzeit ist morgen.

858 **Schulfinanzen / Gerechte Bezahlung für Lehrkräfte und Koopera-** 859 **tionsgebot**

860 Schule ist mehr als Lernen und in Schulen arbeiten mehr als nur Lehrer*innen. Wir wol-
861 len mehr multiprofessionelles Personal in den Schulen und deshalb die rechtlichen und
862 finanziellen Möglichkeiten für Schulen erweitern, multiprofessionelle Teams zu bilden.
863 Z.B. Schulsozialarbeiter*innen, Sozialpädagog*innen, Sonderpädagog*innen, Schulpsycho-
864 log*innen, Therapeut*innen aber auch Künstler*innen, Handwerker*innen oder Gesund-
865 heitsberater*innen können ein Schulteam bereichern und so die Schule für die Kinder und
866 Jugendlichen attraktiver gestalten.

867 Nachdem der Bund die Schulsozialarbeit nicht mehr weiterfinanziert hat, ist das Land ein-
868 gesprungen und hat die Kommunen dabei unterstützt, dieses gute Angebot für die Schulen
869 weiterführen zu können.

870 Bildungspolitik ist und bleibt Kernaufgabe der Länder. Allerdings muss der Bund wieder
871 die Möglichkeit haben, sich bei wichtigen bildungspolitischen Aufgaben engagieren zu
872 können, ohne absurde Hilfskonstruktionen schaffen zu müssen, wie etwa beim Bildungs-
873 und Teilhabepaket. Wir stehen mit der Inklusion, der Integration und dem weiteren Ausbau
874 des Ganztags vor großen Herausforderungen, die nicht allein bildungspolitischer Natur
875 sind, sondern sie sind handfeste Wirtschafts-, Sozial- und Integrationspolitik. Deshalb set-
876 zen wir uns weiterhin für ein Kooperationsgebot statt des absurden Kooperationsverbots
877 ein.

878 Wir wollen einen Bachelor Schulmanagement und eine Fortbildung zur Schulleitungsas-
879 sistenz entwickeln, um die Schulen und Lehrkräfte in der Verwaltungsarbeit dauerhaft zu
880 unterstützen und zu entlasten. So können sich die Lehrkräfte stärker auf ihre pädagogi-
881 schen Kernaufgaben konzentrieren. Wir wollen diese Unterstützung für die Schulleitungs-
882 arbeit und die Schulen systematisch und verlässlich auf den Weg bringen.

883 Die Besoldung und Bezahlung ist an mehreren Stellen ungerecht. Bislang werden Lehrkräf-
884 te an Grundschulen schlechter bezahlt als die an weiterführenden Schulen. Das wurde frü-
885 her mit der kürzeren Studiendauer für das Grundschullehramt begründet. Seit 2009 ist aber
886 die Studiendauer gleich. Deshalb müssen die Grundschullehrkräfte in Zukunft besser be-
887 zahlt werden und auch die Grundschulleitungen höhergestuft werden. Ebenso wollen wir
888 die Bezahlung der Lehrkräfte in der Sekundarstufe I angleichen. Für Fachlehrkräfte wollen
889 wir Weiterqualifizierungsmöglichkeiten schaffen. Auch zwischen verbeamteten und ange-
890 stellten Lehrkräften bestehen deutliche Ungerechtigkeiten, die in Zukunft tarifvertraglich
891 abgeschmolzen werden müssen.

892 Schule – das wollen wir GRÜNE:

- 893 • Das ganze Schulsystem weiter auf individuelle Förderung der Kinder und Jugendli-
894 chen ausrichten
- 895 • Öffnungsklausel im Schulgesetz, um individuelle Lernzeiten zu ermöglichen
- 896 • Längeres gemeinsames Lernen weiter befördern und besonders unterstützen
- 897 • Ganztag ausbauen und weiterentwickeln
- 898 • Innere Schulentwicklung und Selbstständigkeit der Schulen stärken
- 899 • Alltags- und Lebensgestaltungskompetenzen in der Schule verankern
- 900 • Beratung, Unterstützung und personelle Ausstattung der Schulen auf dem Weg zur
901 Inklusion ausbauen
- 902 • Mehr Multiprofessionalität in Schulen bringen
- 903 • Bessere Bezahlung für Grundschullehrer*innen und -leitungen, Angleichung in der
904 Sekundarstufe I
- 905 • Unterrichtsversorgung weiter verbessern durch Sicherung und bedarfsgerechten
906 Ausbau der Ressourcen
- 907 • Fortbildung stärken, vor allem für Inklusion und Integration, Digitales Lernen und
908 Demokratie, BNE und Verbraucherbildung.

909 Berufliche Bildung und Ausbildung

910 Berufliche Bildung und Ausbildung ist Voraussetzung für Teilhabe an und Teilhabegerech-
911 tigkeit in einer sich wandelnden Gesellschaft. Gesellschaftliche Teilhabe ist eine wichtige
912 Voraussetzung für eine zusammenwachsende und demokratische Gesellschaft. Berufliche
913 Bildung und Ausbildung gehört daher im Wesentlichen in öffentliche Hand. Ihre Lehrkräfte
914 sind entsprechend auszubilden.

915 Die Unternehmen, die aufgrund ihrer Größe besonders dazu in der Lage wären, bilden
916 trotz zunehmendem Fachkräftebedarf nach wie vor zu wenig aus. Jugendliche brauchen
917 aber eine gute Ausbildung als Garant für die eigene berufliche Zukunft.

918 In NRW erhalten alle Schüler*innen ab der 8. Klasse mit „KAoA – Kein Abschluss ohne
919 Anschluss“ eine flächendeckende Berufsorientierung. Die Berufskollegs sind ein wichti-
920 ger Eckpfeiler des nordrhein-westfälischen Schulsystems. Schüler*innen können in den
921 Berufskollegs alle Schulabschlüsse erwerben bis hin zur allgemeinen Hochschulreife und
922 zum Bachelor in den Fachschulen. Sie bieten eine Vielfalt an Bildungsgängen und kön-
923 nen so den unterschiedlichen Voraussetzungen, die Jugendliche, Studienabbrecher*innen
924 und Umschüler*innen mitbringen, entsprechende Angebote machen. Sie spielen für die
925 regionalen Bildungslandschaften eine besondere Rolle.

926 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

927 Wir haben für junge Menschen den Weg in den Beruf erleichtert, indem wir systematisch
928 begonnen haben, Warteschleifen abzubauen, den Ausbildungskonsens geschlossen und
929 das Berufsorientierungskonzept „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) eingeführt ha-
930 ben.

931 Wir haben Maßnahmen auf den Weg gebracht, um Unterrichtsversorgung und Lehrkräfte-
932 gewinnung der Berufskollegs zu sichern. So haben wir den Seiteneinstieg erleichtert. Die
933 Durchlässigkeit zwischen akademischer und dualer Ausbildung haben wir erhöht.

934 Mit den Produktionsschulen haben wir in NRW ein innovatives Konzept für Jugendliche
935 mit besonderem Förderbedarf eingeführt. Seit 2016 werden Produktionsschulen in allen
936 Regionen flächendeckend mit über 2.800 Plätzen landesweit angeboten. Sie bilden einen
937 festen Bestandteil in der KAoA-Struktur an der Nahtstelle zwischen Schule und Beruf und
938 sprechen vor allem die Jugendlichen an, die von den Regelsystemen in der Schule und der
939 Ausbildungsvorbereitung nicht erreicht werden.

940 **Übergang Schule und Beruf / Übergang zum Beruf weiter optimie- 941 ren**

942 Das Erfolgsmodell KAoA wollen wir qualitativ weiterentwickeln. Wir werden prüfen, ob
943 KAoA Jugendlichen mit besonderem Unterstützungsbedarf gerecht wird. Diese Jugendli-
944 chen benötigen besondere Angebote der Berufsvorbereitung. Die eintägige Potenzialana-
945 lyse reicht hier nicht aus. Wir werden den Übergang anhand der gesammelten Erfahrungen
946 durch KAoA entsprechend der Bedarfe qualitativ weiterentwickeln.

947 Derzeit ist das Übergangssystem Schule / Beruf im Rahmen einer schulischen Begleitung
948 bis einschließlich Klasse 10 angelegt und konzipiert. In der Klasse 11 sollte ein weite-
949 rer Baustein ins KAoA-System eingebaut werden: eine „Berufsorientierung plus“ für Schü-
950 ler*innen auf dem Weg zum Abitur. Auch sie brauchen die Möglichkeiten, sich intensiv über
951 das Ausbildungssystem und Studiengänge zu informieren.

952 **Ausbildung und Berufliche Bildung / Berufskollegs weiterentwi-** 953 **ckeln, Ausbildungsplätze schaffen**

954 Die wichtige Arbeit der Berufskollegs an der Schnittstelle zwischen Schule und Ausbildung
955 wollen wir weiterhin fördern und begleiten. Wir werden die Vernetzung der Berufskollegs
956 untereinander und mit den Regionalen Bildungsnetzwerken ausbauen und weiterentwi-
957 ckeln. Wir werden dafür sorgen, dass Angebote des Berufskollegs auch weiterhin und dau-
958 erhaft in der Fläche vorhanden sind. Zudem werden wir die Berufskollegs auf dem Weg
959 zur Inklusion auch weiter intensiv begleiten und unterstützen.

960 Die Chancen beruflicher Karriere durch duale berufliche Bildung müssen Schüler*innen
961 und Eltern stärker verdeutlicht werden. Berufskollegs sollen sich zu regionalen Berufs-
962 bildungszentren, u.a. von der Erstausbildung bis zu Techniker*innen oder Meister*innen,
963 entwickeln. Berufliche und akademische Bildung muss durchlässiger werden, so gewinnt
964 die berufliche Bildung gerade auch in der Fläche an Attraktivität.

965 Es gibt in manchen Regionen und Berufen deutlich zu wenige Ausbildungsplätze. Die Un-
966 ternehmen müssen ihrer Pflicht stärker als bisher nachkommen, damit alle Jugendlichen
967 einen passenden Ausbildungsplatz finden können.

968 Nach wie vor gibt es in NRW zu wenige Ausbildungsplätze. Die freiwillige Selbstverpflich-
969 tung der Unternehmen greift nicht. Nur jeder vierte Betrieb in NRW bildet aus. Wir wollen
970 deshalb nach dem erfolgreichen Modell im Bereich der Altenpflegeausbildung auch in an-
971 deren Bereichen eine Ausbildungsplatzumlage einführen. Dabei zahlen Unternehmen in
972 einen Ausbildungsfonds ein, aus diesem werden betriebliche und vollzeitschulische Aus-
973 bildungsplätze finanziert. Wer ausbildet, erhält dann Geld aus diesem Fonds.

974 Um allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anbieten zu können, wollen wir aber auch
975 die außerbetrieblichen Ausbildungsmöglichkeiten ausbauen. Dafür wollen wir Berufskol-
976 legs, Jugendhilfe und Kammern besser vernetzen.

977 Wir wollen, dass das Bundesprogramm „Assistierte Ausbildung“ in NRW besser bekannt
978 und genutzt wird, um weitere Zugänge und Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen
979 zu schaffen.

980 Wir wollen den Produktionsschulansatz überprüfen und weiterentwickeln. Dazu soll ei-
981 ne Evaluation durchgeführt werden, deren Ergebnisse Grundlage für konzeptionelle Ver-
982 besserungen sein müssen. Zu überprüfen ist auch, inwieweit die zentralen Elemente des
983 ursprünglichen Produktionsschulansatzes (freiwillige Teilnahme, Zahlung eines Produkti-
984 onsschulentgeltes als Motivationsanreiz) in NRW realisiert sind oder noch realisiert wer-
985 den können. Hierdurch soll sichergestellt werden, dass die Wirkungspotenziale des inno-
986 vativen Konzeptes auch zur vollen Entfaltung gelangen können.

987 Neben ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen wollen wir Konzepte für Verbundausbil-
988 dungen, bei denen sich mehrere Unternehmen und Bildungseinrichtungen für eine Aus-
989 bildung zusammenschließen, fördern.

990 Berufliche Bildung und Ausbildung – das wollen wir GRÜNE:

- 991 • Berufskollegs ausbauen und weiterentwickeln
- 992 • Systematische Berufsorientierung auch in der Oberstufe
- 993 • Mehr Ausbildungsplätze sichern und die Verbundausbildung fördern

994 Hochschule

995 Nordrhein-Westfalen hat die dichteste Hochschullandschaft in Europa. Die 72 Hochschu-
996 len, über 100 inner- und 50 außerhochschulischen Forschungseinrichtungen leisten gute,
997 teilweise national und international exzellente Forschung und Lehre. Hochschulen wirken
998 durch ihre Innovationskraft positiv auf Wirtschaft und Beschäftigung, Hochschulbildung
999 führt zu mehr Steuereinnahmen und weniger Sozialausgaben.

1000 Die schwarz-gelbe Hochschulpolitik war nicht maßgeblich an den Studierenden orien-
1001 tiert, sondern zu sehr von einem Leitbild unternehmerischer Hochschulen geprägt. Die
1002 Studiengebühren wirkten abschreckend auf potenzielle Studierende und belasteten ge-
1003 rade die finanziell schlechter gestellten Familien. CDU und FDP hatten noch keine aus-
1004 reichende Vorsorge für den doppelten Abiturjahrgang getroffen und auch nicht auf die
1005 steigende Studierneigung angemessen reagiert. Daher fehlten zahlreiche Studienplätze
1006 an den Hochschulen.

1007 Mit dem Hochschulfreiheitsgesetz ist die CDU/FDP-Landesregierung weit über ihr Ziel hin-
1008 ausgeschossen. Es mangelte vor allem an einer ausreichenden Mitbestimmung an den
1009 Hochschulen, und ausgedünnte gesetzliche Regelungen führten zu unklaren Verhältnissen.
1010 Studium und Lehre haben sie zu sehr an den Lehrenden und viel zu wenig an den
1011 Lernenden ausgerichtet. CDU und FDP haben an den Hochschulen und Universitätsklinika
1012 einen großen Sanierungsstau hinterlassen. Die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen
1013 gerieten vor allem hinsichtlich der Befristungen und mangelnder Mitbestimmung des Per-
1014 sonals aus dem Ruder.

1015 Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010

1016 Insgesamt haben wir die Finanzierung der Hochschulen deutlich verbessert, die Mitbe-
1017 stimmung in den Hochschulen enorm gestärkt und die Studien- und Beschäftigungsbedin-
1018 gungen an den Hochschulen stark verbessert. Der Wissenschaftsetat lag 2016 mit mehr
1019 als 8,2 Milliarden Euro um 41 Prozent über dem des Jahres 2010. Die Ausgaben allein für
1020 die Hochschulen haben wir sogar um 59 Prozent erhöht.

1021 Nur die angestrebte Bund-Länder-Finanzierung der FernUniversität in Hagen ist bislang
1022 an der Verweigerungshaltung von Bund und einzelnen anderen Ländern gescheitert. Wir
1023 GRÜNE werden aber weiter für eine gesicherte Finanzierung dieser bundesweit bedeuten-
1024 den Hochschule kämpfen.

1025 Wir GRÜNE haben in der Landesregierung die Studiengebühren abgeschafft. Das Land
1026 stellt den Hochschulen seitdem „Qualitätsverbesserungsmittel“ zur Verbesserung der Qua-
1027 lität von Studium und Lehre bereit. Wir haben genügend Studienplätze bereitgestellt
1028 und die notwendigen zusätzlichen Studienplätze wegen des doppelten Abiturjahrgangs,
1029 der Aussetzung der Wehrpflicht und einer insgesamt gestiegenen Nachfrage finanziert.
1030 Die Hochschulen haben ihr „Soll“ sogar mehr als erfüllt. Im Hochschulpakt waren unter
1031 anderem 65.000 zusätzliche Masterstudienplätze, 2.000 zusätzliche Medizinstudienplät-
1032 ze und mehr Beratungsangebote enthalten. Jährlich 60 zusätzliche Medizinstudienplätze
1033 entstehen im Rahmen des von uns geförderten Kooperationsmodells zwischen der Ruhr-
1034 Universität Bochum und Kliniken in Ostwestfalen-Lippe. Damit wird in den nächsten Jah-
1035 ren die ärztliche Versorgung in der Region verbessert.

1036 Wir haben umgesetzt, was wir uns für die Weiterentwicklung des Hochschulgesetzes vor-
1037 genommen haben und es auf Mitbestimmung, gute Studienbedingungen, soziale Gerech-
1038 tigkeit und gesellschaftliche Verantwortung ausgerichtet. Dazu zählen vor allem: eine stär-
1039 kere Mitbestimmung aller Statusgruppen an den Hochschulen durch die Durchsetzung der
1040 Gruppenparität und der Stärkung der Senate, bessere Studienbedingungen, stärkere Inter-
1041 essenvertretungen für Studierende, mehr gesellschaftliche und ethische Verantwortung,
1042 mehr Transparenz, eine bessere Landesplanung und geschlechtergerechte Hochschulen.
1043 Die beinhaltetete Gleichstellungsquote, basierend auf dem Kaskadenmodell, zielt darauf ab,
1044 dass sich in Zukunft der Frauenanteil bei Professuren erhöht.

1045 Studium und Lehre sind endlich an den Studierenden ausgerichtet. Mit dem Hochschulzu-
1046 kunftsgesetz müssen die Hochschulen ihren Studierenden die bestmöglichen Studienbe-
1047 dingungen bieten. Die Student*innen haben ein größeres Mitspracherecht bei Prüfungs-
1048 ordnungen, der Prüfungsbelastung können Grenzen gesetzt werden. Es gibt keine allge-
1049 meine Anwesenheitspflicht in Lehrveranstaltungen mehr, aber dafür ein Teilzeitstudium.
1050 Der Übergang vom Bachelor- in das Masterstudium ist leichter geworden. Wir haben die
1051 Möglichkeit geschaffen, die Senate gruppenparitätisch zu besetzen, um die Studierenden
1052 und Beschäftigten zu stärken. Sie können nun selbst die Studienbedingungen weiter ver-
1053 bessern.

1054 Durch den Ausbau der Hochschulen, eine stärker an den Studierenden orientierte Lehre,
1055 die Abschaffung der Studiengebühren und weitere Maßnahmen hat sich die Zahl der Stu-
1056 dierenden um über 240.000 gegenüber 2010 erhöht. Mit über 750.000 Studierenden ist
1057 NRW das attraktivste Studienland bundesweit.

1058 Wir GRÜNE haben für die Beschäftigtengruppen an den Hochschulen viel erreicht. Familie
1059 und Beruf sind besser vereinbar, befristete Arbeitsverträge haben wir reduziert und die
1060 Personalvertretung verstärkt.

1061 Die wichtige Sanierung von Hochschulen und Universitätskliniken haben wir ermöglicht.
1062 Mindestens bis 2019 bleiben die jährlich 107 Millionen Euro Hochschulbaumittel des Bun-
1063 des erhalten. Das Hochschulbaumodernisierungsprogramm wurde durch das Hochschul-
1064 baukonsolidierungsprogramm abgelöst. Zusätzlich wurde mit einem weiteren Milliarden-
1065 programm die Sanierung der Universitätskliniken vorangetrieben.

1066 Hochschulfinanzierung / Hochschulen zukunftsfest machen

1067 Wir GRÜNE wollen die Hochschulen weiter gut finanzieren und wo notwendig ausbauen
1068 und verbessern. Wir wollen Lehre und Forschung an allen Hochschulen auf hohem Ni-
1069 veau möglich machen. Ein neues Finanzierungssystem muss die Mittel für die Hochschulen
1070 nach klaren und vergleichbaren Indikatoren verteilen, statt die historisch bedingten unter-
1071 schiedlichen Zuweisungen fortzuführen. Darüber hinaus soll der Anteil zeitlich begrenzter
1072 staatlicher Drittmittel reduziert und im Gegenzug das Budget für die Grundfinanzierung
1073 erhöht werden. Der Bund muss den Ländern die Möglichkeit bieten, zusätzliche Mittel in
1074 die Grundfinanzierung investieren zu können.

1075 Wir wollen die „Infrastrukturen des Wissens“ unseres NRW-Wissenschafts- und For-
1076 schungssystems modernisieren und ausbauen, um die Bauten und Ausstattung der NRW-
1077 Hochschulen allerorts auf die Höhe der Zeit zu bringen: von Hörsälen bis zu Bibliotheken,
1078 von den digitalen Infrastrukturen bis zur Studienplatzvergabe, von den Forschungsgerä-
1079 ten und Core Facilities bis zu den Wohnheimplätzen. Dabei müssen ökologische Aspekte,
1080 innovative Raumkonzepte und Barrierefreiheit eine maßgebliche Rolle spielen.

1081 Dafür muss NRW endlich ausreichend und dauerhaft Mittel vom Bund erhalten.

1082 Die Anwendung der mit dem Hochschulzukunftsgesetz eingeführten Zivilklausel an den
1083 Hochschulen wollen wir im Blick behalten. Die Drittmittelvergabe an Hochschulen muss
1084 größtmöglich transparent sein, damit mögliche Einflüsse auf Forschung und Lehre sicht-
1085 bar werden. Hochschulen und Forschungseinrichtungen in NRW leisten einen wichtigen
1086 Beitrag in den Bereichen Frieden, internationale Beziehungen und Eine Welt. Wir wollen
1087 die wissenschaftlichen Einrichtungen, die in diesen Bereichen forschen und lehren, stär-
1088 ker finanziell unterstützen und ihnen helfen sich untereinander zu vernetzen. Von einem
1089 solchen Netzwerk versprechen wir uns positive Synergieeffekte für die Region und global
1090 gesehen.

1091 Für die bundesweit bedeutende FernUniversität in Hagen wollen wir endlich eine Bund-
1092 Länder-Finanzierung erreichen, die die Ausgaben für die größte deutsche Hochschule ge-
1093 recht verteilt. Nur ein Drittel der Studierenden der FernUniversität kommt aus NRW, aber
1094 das Land trägt zwei Drittel der Ausgaben. Der Bund und die anderen Länder dürfen sich
1095 nicht weiterhin verweigern.

1096 Statt nur wenige „internationale Spitzenuniversitäten“ zu fördern, sollen sich die Hoch-
1097 schulen in der Breite mit ihren jeweiligen Stärken profilieren können. Das betrifft insbe-
1098 sondere die Ausgestaltung von Bundes- und Bund-Länder-Programmen.

1099 Studieren / Klare Absage an Studiengebühren

1100 Wer studieren will, soll einen Studienplatz mit guten Studienbedingungen bekommen kön-
1101 nen. Bisher unterstützen Bund und Länder die starke Nachfrage nach Studienplätzen mit
1102 dem Hochschulpakt, der allerdings 2020 endet. Da der Studierenden-Boom im kommen-
1103 den Jahrzehnt nicht abebbt, soll sich NRW dafür einsetzen, dass der Hochschulpakt dau-
1104 erhaft fortgeführt und dann auch Masterstudienplätze finanziert. Die Ausgaben pro Studi-
1105 enplatz wollen wir auf OECD-Durchschnitt anheben.

1106 Wir wollen die Umsetzung des bundesweiten Programms „Dialogorientiertes Servicever-
1107 fahren“ weiter unterstützen. NRW ist hier bereits beispielhaft vorangegangen, damit künf-
1108 tig Studienplätze effektiver vergeben werden können und weniger Studienplätze unbe-
1109 setzt bleiben.

1110 Langfristig wollen wir, dass jede*r Bachelor-Absolvent*in sein* ihr Studium im Master
1111 fortsetzen kann. Die Einführung eines rechtsverbindlichen Anspruches streben wir da-
1112 her an. Insbesondere im Lehramtsstudium ist ein Masterstudium für die spätere Berufs-
1113 ausübung zwingend nötig. Deshalb wollen wir zusammen mit den Hochschulen ein Mo-
1114 dell für die kombinierte Zulassung im Lehramtsstudium ermöglichen, damit Bachelor-
1115 Absolvent*innen auch einen Masterplatz am gleichen Studienort zugesichert bekom-
1116 men.

1117 Das Interesse an einem Studium an einer Fachhochschule in NRW steigt weiterhin an. Da-
1118 her müssen die Kapazitäten an den Fachhochschulen erhöht werden. Über das im Hoch-
1119 schulgesetz verankerte Graduierteninstitut und über eine Experimentierklausel soll das
1120 eigenständige Promotionsrecht für die Fachhochschulen erprobt werden.

1121 Hochschulen sollten der zentrale Ort einer Bürgergesellschaft sein, die Gesellschaft, Wis-
1122 senschaft und Politik enger zusammenführt und sich verstärkt an den großen Herausforde-
1123 rungen unserer Zeit orientiert. Mit einer besseren Geschlechtergerechtigkeit an Hochschu-
1124 len, hochschultypengerechten Karrierewegen für den wissenschaftlichen Nachwuchs, we-
1125 niger Studienabbrüchen und einer Integration von Flüchtlingen durch Hochschulbildung
1126 können junge Menschen ihre vielfältigen Potenziale besser entfalten. Davon profitieren
1127 Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Deshalb wollen wir die Qualität der Leh-
1128 re erhöhen, indem wir das voneinander-Lernen stärken und sich die Hochschulen besser
1129 koordinieren, vor allem im Bereich der pädagogischen Qualifikation und der Digitalisie-
1130 rung.

1131 Wir GRÜNEN möchten den Erfolg von Studierenden aus bildungsfernen Familien verstärkt
1132 fördern und dazu Unterstützungsprogramme an den Hochschulen ausbauen. Wir wollen
1133 die neu geschaffenen Möglichkeiten eines Teilzeitstudiums und eines Studiums ohne Ab-
1134 itur in NRW stärker bewerben und fördern.

1135 Junge Menschen sollen ihre beruflichen Fähigkeiten und Talente unabhängig von der so-
1136 zialen Herkunft entfalten können. Mit der Errichtung des „NRW-Zentrums für Talentför-
1137 derung“ im Ruhrgebiet haben wir eine wichtige Förderstruktur geschaffen, die mit Hil-
1138 fe von fachlich versierten Talentscouts schon vielen jungen Menschen den Weg in eine
1139 erfolgreiche beruflich-akademische Ausbildung geebnet hat. Wir unterstützen daher die
1140 Ausweitung dieses Programms auf ganz NRW.

1141 Wir wollen die notwendigen Kapazitäten bei der islamischen Theologie durch einen Aus-
1142 bau der Lehrstühle sicherstellen. Wir wollen ebenfalls die Einrichtung eines Lehrstuhls
1143 für Alevitische Theologie fördern. Der Ausbau der Religionslehre an den Hochschulen soll
1144 möglichst mit Unterstützung des Bundes erfolgen.

1145 Studiengebühren erteilen wir eine klare Absage. Das Land wird den Hochschulen dafür
1146 dauerhaft mehr Landesmittel zur Verfügung stellen.

1147 **Studierendenwerke / Studentischen Wohnraum schaffen und** 1148 **Studierendenwerke stärken**

1149 In vielen Universitätsstädten werden die Studierende mit immer steigenden Mieten, einem
1150 angespanntem Wohnungsmarkt und hohen Lebenshaltungskosten konfrontiert. Gerade für
1151 Studienanfänger*innen ist das eine erste große Hürde. Die Studierendenwerke tragen zu
1152 Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit bei. Mit bezahlbarem Wohnraum, Mittagessen
1153 zum kleinen Preis, schnellen BAföG-Entscheidungen, Sozialberatung und Kinderbetreuung
1154 leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Für diese wichtige Arbeit
1155 wollen wir die Grundfinanzierung der Studierendenwerke erhöhen.

1156 Wir brauchen zudem ein Bündnis für studentisches Wohnen, an dem alle wichtigen Akteure
1157 beteiligt sind. Darüber hinaus bedarf es eines Sonderprogramms, um schnell den Bau von
1158 bezahlbarem Wohnraum für Studierende zu sichern. Der Bund muss hierzu einen Beitrag
1159 leisten.

1160 Ein angemessener Teil des Wohnraums muss barrierefrei und rollstuhlgerecht gestaltet
1161 sein, insbesondere wenn geplant ist, dass bei sinkendem Bedarf durch Studierende andere
1162 Personengruppen diesen Wohnraum nutzen sollen, wozu ebenfalls eine hohe Grundriss-
1163 und Bauteilflexibilität gehören.

1164 Wir wollen Sonderfonds für nachhaltige Sanierung der Studierendenwohnheime sowie
1165 für Neubau an Orten, in denen besonders Mangel an Wohnheimplätzen besteht, einrich-
1166 ten. Hier müssen auch weiterhin kurzfristig gute und kreative Lösungen gefunden werden!
1167 Daher wollen wir, dass die Studierendenwerke, die Kommunen und die Ministerien weiter
1168 gemeinsam daran arbeiten, Handlungsmöglichkeiten optimal auszunutzen und Neubau-
1169 bauflächen oder Umwidmungsmöglichkeiten bereitzustellen.

1170 **Hochschulzukunftsgesetz / Autonome und verantwortungsvolle** 1171 **Hochschulen**

1172 Die Autonomie der Hochschulen wollen wir wahren. Der Staat muss weiterhin auf Fach-
1173 aufsicht und Detailsteuerung verzichten, dabei aber einen klaren gesetzlichen Rahmen
1174 setzen. Er muss weiterhin die strategisch wichtigen Ziele aufstellen, die die Hochschulen
1175 ausfüllen. Die Hochschulen müssen ihrer Verantwortung gegenüber Staat und Gesellschaft
1176 gerecht werden.

1177 Das Hochschulzukunftsgesetz hat die Rahmenbedingungen für die Hochschulen geschaf-
1178 fen, um die Studienbedingungen und -chancen für junge Menschen zu verbessern. Die
1179 vorhandenen Instrumente müssen intensiver genutzt, wo nötig weiter ausgebaut und ge-
1180 gebenenfalls weiterentwickelt werden, auch um die Zahl der Studienabbrüche zu verrin-
1181 gern. Um die Geschlechtergleichstellung weiter zu verbessern, wollen wir erreichen, dass
1182 der Bund das Wissenschaftszeitvertragsgesetz erneut reformiert.

1183 Beschäftigte / Echte Perspektiven für den wissenschaftlichen 1184 Nachwuchs

1185 Guter wissenschaftlicher Nachwuchs ist wichtig für Wissenschaft, Wirtschaft und Ge-
1186 sellschaft. Viele unterschiedliche Karrierewege an Fachhochschulen, Universitäten sowie
1187 Kunst- und Musikhochschulen sind dazu möglich. Wir wollen die passenden Strukturen
1188 und Rahmenbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs schaffen, dabei muss
1189 der Bund die Länder mehr unterstützen.

1190 Wir wollen die Umsetzung des Rahmenkodex bzw. Vertrags für gute Beschäftigungsbe-
1191 dingungen aktiv begleiten und wo notwendig an der Weiterentwicklung mitwirken. Für
1192 das Wissenschaftszeitvertragsgesetz fordern wir eine Mindestzeitlaufzeit von zwei Jahren
1193 für die Arbeitsverträge von wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen auf Qualifikationsstel-
1194 len, die Abschaffung der Tarifsperrung – damit ein Wissenschaftstarifvertrag möglich wird -,
1195 die den Sozialpartnern die tarifvertragliche Vereinbarung von vom Gesetz abweichenden
1196 Befristungsregeln untersagt sowie die Aufnahme von Betreuungsvereinbarungen.

1197 Promovierende, die einer anderen ordentlichen Beschäftigung nachgehen, haben oft Pro-
1198 bleme, die Anforderungen an die Promotion zu erfüllen. Wir wollen für eine bessere Verein-
1199 barkeit von Promotion und Berufstätigkeit sorgen, ohne dass die wissenschaftliche Quali-
1200 tät darunter leidet.

1201 Wir wollen die Beschäftigungssituation der Lehrbeauftragten an den Kunst- und Musik-
1202 hochschulen verbessern. Sie erbringen momentan etwa die Hälfte der Lehrleistung und
1203 erhalten damit die Vielfältigkeit der künstlerischen und musikalischen Hochschulausbil-
1204 dung. Dennoch befinden sie sich mit ihren Lehraufträgen in einer schwierigen beruflichen
1205 Lage. Wir wollen für sie mehr Stellen im Mittelbau schaffen.

1206 Die Einstellung insbesondere von Hilfskräften bindet an den Universitäten enorme Zeit
1207 in unnötiger Verwaltungsarbeit. Oft müssen Beschäftigte seitenweise die gleichen Akten
1208 immer wieder neu einreichen. Dies lässt sich über technische Wege leicht vereinfachen.
1209 Wir wollen, dass das LBV moderne Möglichkeiten in der Personalführung einsetzt.

1210 Integration / Studium für Geflüchtete ermöglichen

1211 Wir wollen weiterhin dafür sorgen, dass Geflüchtete an den Hochschulen in NRW gut auf-
1212 genommen werden. Deshalb fördern wir Projekte für Geflüchtete an Hochschulen, wo nö-
1213 tig auch stärker als bisher. Wir wollen alle nötigen Schritte unternehmen, um Geflüchte-
1214 ten den Hochschulzugang zu ermöglichen. Dazu gehört es, bisherige Studienleistungen
1215 großzügig anzuerkennen, sowie kostenlose Sprachkurse bis zum Niveau der Hochschulzu-
1216 gangsprüfungen zu ermöglichen. Wir GRÜNE stehen weiter dafür ein, doch auch im Stu-
1217 dium dürfen Studierende mit Flucht- oder Zuwanderungsgeschichte nicht allein gelassen
1218 werden. Dazu sollen an den Universitäten Sprach- und Unterstützungsprogramme für alle
1219 Studierenden mit Deutsch als Zweit- oder Fremdsprache entstehen.

1220 Um den Realitäten unserer Zuwanderungsgesellschaft gerecht zu werden, brauchen wir in
1221 vielen Arbeitsbereichen kultursensible Kompetenzen. Dies gilt besonders für den sozialen,

1222 Bildungs-, Gesundheits-, Verwaltungs- und Personalbereich. Kultursensible Schwerpunkte
1223 in den entsprechenden Studienfächern sollen gefördert werden.

1224 **Lehre / Akademie für Lehre und Lernen in NRW**

1225 Wir wollen eine Akademie für Lehre und Lernen in NRW einrichten, damit Erkenntnisse der
1226 Lehr- und Lernforschung auch in die Hochschuldidaktik einfließen. Die Akademie soll eine
1227 Plattform sein, um systematisch Erfahrungen auszutauschen, die Lehre zu verbessern und
1228 die (Weiter-)Qualifikation von Lehrenden zu unterstützen.

1229 Die Hochschulen müssen die Möglichkeiten der Digitalisierung für die Lehre stärker nut-
1230 zen. Dazu sollen die Hochschulen ihre Wissensvermittlung zum Teil auf Blended Learning
1231 ausweiten. Sie sollen neue Lehrkräfte zur Weiterbildung verpflichten und klare Kriterien
1232 für die Lehrqualität aufstellen.

1233 Wir wollen, dass die Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung auch in der Lehre an
1234 den Hochschulen vollumfänglich genutzt werden, in Vor- und Nachbereitung sowie der
1235 Durchführung. Neben elektronischen Semesterapparaten gehören dazu auch Plattformen
1236 für E-Learning und für den Zugang zu freien Lern- und Lehrmaterialien (Open Educational
1237 Resources).

1238 Für uns ist selbstverständlich, dass digitale Angebote die klassische Präsenzlehre erwei-
1239 tern und ergänzen können und sie nicht ersetzen sollen. Wir GRÜNE fördern die Pluralität
1240 in Forschung und Lehre. Deshalb setzen wir uns ein für den Erhalt kleiner Fachbereiche,
1241 für Zielvereinbarungen mit Hochschulen, um neue Institute mit neuen Schwerpunkten zu
1242 errichten, und wir unterstützen neue Studiengänge, die etwa. im Master interdisziplinär
1243 angelegt sein können.

1244 **Forschung / Verantwortungsvolle Forschung fördern**

1245 Gut ausgebildete Fachkräfte, innovative Ideen: NRW ist reich an diesen Ressourcen und
1246 sorgt mit seiner beispiellosen Hochschul- und Forschungslandschaft dafür, dass sie nach-
1247 wachsen. Wir treiben die Vernetzung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen mit
1248 Wirtschaftsunternehmen voran, vor allem im Bereich der Forschung in innovativen Fel-
1249 dern.

1250 Forschung im Bereich der großen Herausforderungen und insbesondere der Nachhaltig-
1251 keit, inklusive der Bildung für nachhaltige Entwicklung, muss weiterhin eine herausragen-
1252 de Position innehaben. Wir brauchen mehr transformatives Wissen, Erfindergeist und For-
1253 schungsförderung für den sozial-ökologischen Wandel. Auf diese Weise wollen wir NRW
1254 zum Pionierland für grüne Innovationen entwickeln. Forschung, Entwicklung und Innova-
1255 tionen sollen zu mehr Lebensqualität und Nachhaltigkeit führen.

1256 Die Chancen der Digitalisierung müssen in Forschung, Lehre und Verwaltung koordiniert
1257 genutzt werden. Wir wollen diesen Bereich als einen Landesforschungsschwerpunkt eta-
1258 blieren. Dazu bedarf es eines Forschungszentrums für Digitalisierung, das eine Koordinie-
1259 rungsfunktion für die landesweit verteilten Kompetenzen übernimmt, selbst die Forschung

1260 zur Digitalisierung vorantreibt, und die ein tiefergehendes landesweites Digitalisierungs-
1261 konzept mit entwickelt.

1262 An den Hochschulen ist bereits mit der Eduroam-Technologie ein flächendeckendes WLAN-
1263 Netz aufgebaut, das häufig auch außerhalb des Campus‘ erreichbar ist. Wir GRÜNE wol-
1264 len prüfen, ob dieses bisher passwort-geschützte System für alle geöffnet werden kann.
1265 Zudem sollen Hochschulgebäude für die Anbringung leistungsstarker Freifunk-Router ge-
1266 nutzt werden.

1267 Wir GRÜNE wollen Alternativen schaffen, um öffentlich geförderte wissenschaftliche Er-
1268 gebnisse zu veröffentlichen. Derzeit sind private Zeitschriften die einzigen Profiteure.
1269 Hochschulen müssen die Zeitschriften mit viel Geld erwerben, Autorinnen und Autoren
1270 zahlen etwa selber für Veröffentlichungen. Dabei kontrollieren Wissenschaftler*innen eh-
1271 renamtlich selbst die Artikel.

1272 Tierversuche sind ethisch wie methodisch umstritten. Wir brauchen deshalb dringend
1273 Alternativ- und Ersatzmethoden. Dazu müssen wir intensiver forschen und die Ergebnisse
1274 direkt mit der Lehre verbinden. Das Centrum für Ersatzmethoden zum Tierversuch (CERST)
1275 am Leibniz Institut für umweltmedizinische Forschung wollen wir weiterhin fördern und
1276 uns dafür einsetzen, dass es in eine Bund-Länder-Finanzierung überführt wird.

1277 Ohnehin wollen wir alle bisher nur vom Land finanzierten Forschungseinrichtungen dabei
1278 unterstützen, in eine Bund-Länder-Finanzierung überzugehen. Und wir setzen uns aktiv
1279 dafür ein, weitere Bund-Länder-Forschungseinrichtungen anzusiedeln.

1280 Hochschule – das wollen wir GRÜNE:

- 1281 • Grundfinanzierung der Hochschulen erhöhen
- 1282 • Studium bleibt gebührenfrei
- 1283 • Mehr studentischen Wohnraum schaffen, Studierendenwerke stärken
- 1284 • Forschung für Nachhaltigkeit, Ökologie und gesellschaftliche Zukunftsthemen stär-
1285 ker belohnen
- 1286 • Mehr und neue Perspektiven für den Mittelbau an den Hochschulen schaffen

1287 Weiterbildung

1288 In einer Welt, die von tief greifenden Veränderungen in allen Lebensbereichen geprägt ist,
1289 ist Bildung mehr denn je eine Voraussetzung, das eigene Leben verantwortlich gestalten
1290 zu können. Menschen brauchen Schlüsselqualifikationen und Kompetenzen, die es ihnen
1291 ermöglichen, die vielfältigen Anforderungen im eigenen, im familiären, beruflichen und
1292 gesellschaftlichen Bereich bewältigen zu können. Dazu zählt auch die Mitgestaltung am
1293 demokratischen Gemeinwesen.

1294 Hier besitzt Weiterbildung eine zunehmend wichtige Rolle. Sie bereitet Menschen auf ihre
1295 vielfältigen Rollen und Anforderungen vor, sei es als Bürger*in, als ehrenamtlich engagier-
1296 te Person, als Eltern, als Beteiligte und Beteiligter am Wirtschaftsleben, als Nachbarn oder
1297 als kritische*r Konsument*in. Im Zusammenspiel leisten alle Bereiche der Weiterbildung
1298 einen wichtigen Beitrag zum Prozess des lebenslangen Lernens. Weiterbildung muss des-
1299 halb als zentraler Baustein im Bildungssystem gestärkt und weiterentwickelt werden.

1300 Die größere Relevanz von Weiterbildung ist durch wachsende Aufgaben – etwa im Offenen
1301 Ganztage, in der kompensatorischen Grundbildung, in der Beratung und Vernetzung – hin-
1302 reichend belegt. Wir wollen die weitere Einbindung der Weiterbildung in die Regionalen
1303 Bildungsnetzwerke fördern.

1304 Am Ende der schwarz-gelben Regierungszeit war die Weiterbildung nach Kürzungen mas-
1305 siv unterfinanziert. Die Veränderungsprozesse in der Weiterbildungslandschaft – insbe-
1306 sondere Einsparungen im Haushalt – haben auch dazu geführt, dass die Lage der Beschäf-
1307 tigten in der gemeinwohlorientierten Weiterbildung zunehmend prekär ist. Das Ausmaß
1308 atypischer Beschäftigungsformen mit allen negativen Konsequenzen für die Beschäftig-
1309 ten, Teilnehmer*innen und für den gesamten Sektor der gemeinwohlorientierten Weiter-
1310 bildung ist durch Studien vielfach belegt und öffentlich deutlich geworden.

1311 **Viel erreicht – GRÜNE Erfolge seit 2010**

1312 Wir GRÜNE haben nach der Wahl 2010 die Kürzungen der schwarz-gelben Regierung zu-
1313 rückgenommen und damit den finanziellen Spielraum der Einrichtungen verbessert. Im
1314 Zusammenhang mit der zunehmenden Zuwanderung – vor allem von geflüchteten Men-
1315 schen – haben wir zusätzliche Mittel bereitgestellt. Die Weiterbildungskonferenz hat mit
1316 ihren Empfehlungen von 2012 wichtige Voraussetzungen für eine systematische Weiter-
1317 entwicklung der Weiterbildung geschaffen. Wir haben das dringend notwendige Berichts-
1318 wesen aufgebaut und einen Landesbeirat für die Weiterbildung eingerichtet. Neben In-
1319 novationsmitteln haben wir die Supportstelle für die Allgemeine Weiterbildung im neuen
1320 Landesinstitut QUA-LiS errichtet, um die Qualität der Weiterbildung zu sichern. Für die
1321 Alphabetisierung und Grundbildung haben wir das Alphanetz NRW gefördert. Wir haben
1322 es ermöglicht, dass auch Auszubildende einen Anspruch auf Bildungsurlaub nach dem Ar-
1323 beitnehmerweiterbildungsgesetz haben.

1324 **Weiterbildung / Weiterbildung stärken**

1325 Für uns Grüne sind die herausragenden Ziele die Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung,
1326 insbesondere von bildungsbenachteiligten Zielgruppen und Migrant*innen, sowie der Ab-
1327 bau von Bildungsungerechtigkeiten. Eine aufsuchende Bildungs- und Beratungsarbeit mit
1328 enger Anbindung an Lebenswelten der Adressat*innen, Lernorte, lokale Gegebenheiten
1329 und Einbindung von Brückenmenschen bzw. Vertrauenspersonen braucht eine andere Fi-
1330 nanzierungsgrundlage.

1331 Wir wollen die Weiterbildungsmittel so dynamisieren, wie bereits bei Kindertageseinrich-
1332 tungen, beim Ganzttag und beim Jugendfördergesetz geschehen. Wir wollen die Förder-
1333 systematik umbauen, um mehr Innovation zu ermöglichen. Neu Zugewanderte mit Kin-
1334 dern haben häufig Probleme, Sprach- und Integrationskurse kontinuierlich zu besuchen.
1335 Deshalb wollen wir Kinderbetreuungsmöglichkeiten bei Sprach- und Integrationskursen
1336 schaffen.

1337 Mehrere Modellprojekte des Landes haben gezeigt, dass eine regionale, trägerneutrale
1338 und sozialraumorientierte Weiterbildungsberatung erforderlich ist, die neben den Bera-
1339 tungsstrukturen des Landes zur Beschäftigungsförderung den Zugang zu Weiterbildung
1340 und damit die Weiterbildungsbeteiligung insgesamt erhöhen kann. Wir bauen eine lan-
1341 desweite Weiterbildungsberatung auf, die den regionalen Voraussetzungen und Anforde-
1342 rungen Rechnung trägt.

1343 Es liegen verschiedene Konzepte vor (z. B. Weiterbildungslehrer*innen, Tarifvertrag, Min-
1344 destlohn), um prekären Beschäftigungsverhältnissen entgegenzuwirken. Wir GRÜNE set-
1345 zen uns für das Ende von prekärer Beschäftigung in der Weiterbildung ein. Dazu muss die
1346 Unterfinanzierung der Einrichtungen beseitigt werden.

1347 Bei dem anstehenden Generationenwechsel in den Einrichtungen der gemeinwohlorien-
1348 tierten Weiterbildung gilt es, die Professionalität zu erhalten und zu stärken. Das Augen-
1349 merk ist zu legen auf Fortbildungen für neue Führungskräfte und Berufseinsteiger*innen
1350 im pädagogischen und sonstigen Personal, dem Wissenstransfer bei Generationenwechsel,
1351 der Unterstützung bei Management- und Entwicklungsaufgaben, sowie der Unterstützung
1352 des Lehr- und Lernprozesses.

1353 Für die sprachliche und soziale Integration von Zugewanderten bieten Volkshochschulen
1354 und Einrichtungen der gemeinwohlorientierten Weiterbildung sowie die Weiterbildungs-
1355 kollegs landesweit professionelle Beratung, Begleitung und bedarfsgerechte Bildungsan-
1356 gebote bis hin zu externen Prüfungen. Sie haben sich gerade in den letzten beiden Jahren
1357 als unverzichtbarer Bestandteil des Bildungswesens in NRW erwiesen.

1358 Viele der Qualifizierungsmaßnahmen werden durch die Arbeitsagenturen und Jobcenter
1359 getragen. Wir GRÜNE wollen, dass sie hier in enger Zusammenarbeit mit den kommunal-
1360 en und Landeseinrichtungen tätig sind, damit alle am selben Strang ziehen. Die Quali-
1361 tätssicherung von Maßnahmen aller Träger ist gleichwertig zu beurteilen. Die Träger dieser
1362 Maßnahmen müssen sich an das Mindesthonorar in der Weiterbildung halten, um ausge-
1363 wählt werden zu können und sollten sozialversicherungspflichtige Beschäftigung anbie-
1364 ten. Alle anerkannten Qualitätstestierungssysteme sind zu berücksichtigen.

1365 Unterschiedliche gesellschaftliche, psychosoziale und biografische Faktoren bewirken,
1366 dass ein Bedarf zum Nachholen von Schulabschlüssen im Bereich der Sekundarstufe I
1367 auch nach Durchlaufen des Regelschulsystems besteht. Volkshochschulen und Weiterbil-
1368 dungskollegs bieten dies mit Erfolg seit Jahren an. Mit dem Anstieg der Anzahl junger
1369 Erwachsener Flüchtlinge ist der Bedarf gestiegen. Ziel GRÜNER Politik muss es sein, den
1370 Ausgangsbedingungen der jungen Menschen stärker gerecht werden zu können und damit
1371 den Erfolg eines nachträglichen (ersten) Schulabschlusses zu sichern. Wir wollen die Ein-
1372 richtungen durch multiprofessionelles Personal aktiv unterstützen. Die Organisation der
1373 schulischen Ausbildung sollte erwachsenengerechten Prinzipien folgen:

1374 Struktur und zeitlicher Rahmen der Lehrgänge wird durch unterschiedliche Module fle-
1375 xibilisiert. Hierzu gehört auch die Möglichkeit von Präsenz- und Selbstlernphasen sowie
1376 Wiederholungsmöglichkeiten in Anlehnung an Abitur-online. Wir setzen uns für eine Re-
1377 gelförderung der Schulabschlusslehrgänge und des zentralen Prüfungssystems ein.

1378 Wir werden uns auch weiterhin auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Zugangsvor-
1379 aussetzungen für Weiterbildungskollegs und Abendgymnasien nicht mehr so restriktiv
1380 gehandhabt werden müssen. Dies betrifft zum Beispiel die Anerkennung von langfris-
1381 tigen Erkrankungen wie von prekären Beschäftigungen und die Glaubhaftmachung von
1382 Ausbildungs- und Arbeitsnachweisen.

1383 Der Bund ist in der Weiterbildung gefordert, endlich seiner Verantwortung gerecht zu wer-
1384 den, die Sprach- und Integrationskurse besser zu fördern und der Öffnung der Weiterbil-
1385 dungskollegs für weitere Zielgruppen nicht weiter Steine in den Weg zu legen. Ohne Zu-
1386 gang zur Sprache kann Integration nicht gelingen!

1387 **Weiterbildung – das wollen wir GRÜNE:**

- 1388 • Weiterbildungsmittel dynamisieren
- 1389 • prekäre Beschäftigungsverhältnisse in der Weiterbildung beenden
- 1390 • Weiterbildung durch multiprofessionelles Personal unterstützen
- 1391 • Qualität der Weiterbildung durch Landesinstitut QUA-LiS verstärkt fördern
- 1392 • Zweiten Bildungsweg an Weiterbildungseinrichtungen stärken und absichern, neue
1393 und aufsuchende Formate fördern

Antragsteller*innen

Landesvorstand